

# I. Einleitung

---

Die Welt ist entzaubert. Zumindest, wenn unter dem selbst noch metaphysisch glänzenden Begriff „Welt“ die alltäglich erfahrbare empirische Realität westlicher Demokratien verstanden wird. Denn tatsächlich ist sie aus der Sicht zahlreicher Zeitdiagnostikerinnen und -diagnostiker universell gültiger Ideale und Weisheiten ebenso entleert wie transzendenter Deutungsfolien und zukunftsgerichteter gesellschaftspolitischer Projekte. Einen langfristigen Prozess bezeichnend, ist an die Stelle dieser kollektiven Orientierungen seit den europäischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts die moderne „Entzweiung“ getreten, der Zerfall des Weltganzen in eine vom materiellen Interessenstreit gezeichnete bürgerliche Gesellschaft, das „System der Bedürfnisse“, und in die durch die Traditionszerstörungsarbeit moderner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bewirkte Sehnsucht nach Orientierung und Sinn – so der letzte Systemphilosoph Hegel.<sup>1</sup> Das mag auf den ersten Blick als weihvolle universalhistorische Geste erscheinen, im Kern aber handelt sich bei dieser Beobachtung „nur“ um die traditionsreiche philosophische Exposition eines handfesten und unvermindert aktuellen politischen Problems, also: um etwas Zeitgemäßes. Legt man sich die Frage nach der Gestaltung freier und freiheitlicher – nach Marx ist hinzuzufügen: Freiheit materiell auch ermöglichender – politischer Ordnungen im Angesicht des Verschwindens von sozialen und kulturellen Gewissheiten sowie sozialer Antagonismen im Ernst vor, wirken zweihundert Jahre gesellschaftsgeschichtliche Distanz seltsam aufgelöst.<sup>2</sup> Nicht von ungefähr entzündet sich genau hieran die periodisch wiederkehrende und häufig um das berühmte Böckenförde-Diktum – von den notwendigen, aber nicht aus

---

1 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse [1821]. Gesammelte Werke Bd. 7, Frankfurt a.M. 2004, S. 346.

2 Man könnte so weit gehen zu sagen: Die amerikanischen und französischen bürgerlichen Revolutionen sind es gewesen, die den westlichen – und damit recht bald auch sämtlichen global vernetzten Gesellschaften – jene Problemstellung aufgegeben haben, die so unvermeidlich wie ihre Lösung unerreichbar scheint: Die Frage nach der adäquaten politischen Verwirklichung einer Ordnung der Freiheit und Gleichheit, verstanden als Befähigung aller, ein gattungsgemäßes Leben qua vernunft- wie bedürfnisgeleitetem „Menschsein“ zu führen, ohne das Faktum widerstreitender Interessen autoritär einzuebnen. Vgl. dazu die leidenschaftliche Auseinandersetzung Joachim Ritters in Ritter, Joachim: Hegel und die französische Revolution [1957], Frankfurt a.M. 1965, S. 24f.

ihm selbst hervorgehenden Voraussetzungen eines liberalen, säkularisierten, multireligiösen und multiethnischen Staates – zentrierte politikwissenschaftliche Diskussion über den einenden sozialmoralischen Integrationsstoff in einer von widerstreitenden Interessen und Lebensstilpräferenzen zerrissenen demokratischen Gesellschaft wie der deutschen,<sup>3</sup> nicht zuletzt im Zuge des Auftretens einer neuen, bundespolitisch relevanten, parlamentarischen Kraft rechts der Christdemokratie.

Nicht wenige werden ungeduldig die Augen verdrehen, eine politikwissenschaftliche Dissertation aufzuschlagen, die mit diesem altbekannten Krisenszenario beginnt. Doch selbst der Versuch, sich von enervierenden Wissenschafts- und Begriffsmoden zu emanzipieren, kann nicht über die Ungelöstheit der weiterhin bestehenden gesellschaftspolitischen Kernfragen hinwegsehen: Was stabilisiert eine zeitgemäße demokratische Gesellschaft? Welche politischen Interessenkonflikte und Konfrontationen sind in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu erwarten? Wo entstehen womöglich neue lagerartige Aggregate, wo brauen sich neue soziale und politische Bewegungen zusammen – und wie ist all das in demokratischen Prozessen zu vermitteln? Oder komplementär: Wo ist gerade das Ausbleiben von Wandel, das Nicht-Entzünden gesellschaftskritischer Energien bedenklich? Wer versucht heute, Ideen zu stiften, wo arbeiten noch gestalterische Energien (zumindest dem Selbstverständnis nach) an der besseren Zukunft, eventuell gar an einer Weiterentwicklung der Demokratie, die polemisch gesprochen nicht mehr nur *panis et circenses*, Brot und Spiele, in einem sozial befriedeten nationalen Gemeinwesen<sup>4</sup> veranstaltet? Denn nahezu so alt wie die bundesrepublikanische Demokratie ist auch die in den 1960er Jahren gestellte Diagnose von strukturell reaktionären „Involutionen“-Tendenzen, d. h. von einer schleichenden Entdemokratisierung hin zur autoritär-rechtsstaatlichen Domestikation von sozialem Konfliktpotenzial unter Ausschluss der zu materiell versorgten Konsumenten degradierten Bürgerinnen und Bürgern<sup>5</sup> von den eigentlichen, durch elitäre Politik-Experten besorgten Entschei-

- 3 Vgl. die hellsichtige Aktualisierung dieser Frage in Menke, Christoph: Philosophie-kolumne. Am Tag der Krise, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 71. Jahrgang, H. 820/2017, S. 49–57, ferner die historisch versierte Erinnerung an das weder durch liberalen Harmonismus noch durch andere Leitideen und Werte zu kittende Grunddilemma der Verwiesenheit von demokratischen Grundsätzen auf eine nicht erzwungene grundsätzliche Übereinstimmung der Bürgerinnen und Bürger in Walter, Franz: Die Janusköpfigkeit des linksliberalen Leitmodells, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16.03.2018, online einsehbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fuehrt-buergerliches-engagement-zur-stabilisierung-der-demokratie-15543519.html> [eingesehen am 01.08.2019] und Ribí, Thomas: Das große Wagnis der Freiheit: Was moderne Demokratien zusammenhält, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 26.02.2019, online einsehbar unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/was-saekulare-staaten-zusammenhaelt-das-grosse-wagnis-der-freiheit-ld.1469858?fbclid=IwAR11Cf8MnFcShSl2TK%E2%80%A6> [eingesehen am 01.08.2019]
- 4 Vgl. Agnoli, Johannes: Zur ApO [1968], in: Ders.: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998, S. 31–49, hier S. 37.
- 5 Im Folgenden wird bei Sammelbezeichnungen von Personengruppen weitgehend das traditionelle generische Maskulinum verwendet. Gewiss nicht zuletzt, weil die sich um das „Gendern“ rankende sprachpolitische Diskussion etwas Müßiges an sich hat. Das energische Beharren auf geschlechtsneutralen Formulierungen beeinträchtigt erstens die Lesbarkeit, verstümmelt zweitens aber auch manchen Gedanken, der ohne seine kulturell überlieferten sprachlichen Formprinzipien schlicht an Tiefe verliert. Andererseits muss selbst der Skeptiker der sogenannten ge-

dungsprozessen.<sup>6</sup> In vergleichbarer Absicht wird dies in den vergangenen Jahren unter dem Slogan der „Postdemokratie“ wiederaufgegriffen.<sup>7</sup> Erlahmt ist die Fortschrittsempphase der einstigen liberalen und sozialistischen Emanzipationsbewegungen zwar schon gegen Ende des bürgerlichen 19. Jahrhunderts, aber ganz besonders im jetzigen Zeitalter – das an zwei Weltkriege, die nationalsozialistischen Konzentrationslager und den Abwurf zweier Atombomben auf Japan zu erinnern hat, zudem nach dem Untergang der Sowjetunion einer als alternativloses Fatum erscheinenden kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und einer fortschreitenden ökologischen Verheerung gegenübersteht –, ist der bisher umfassendste Verlust politisch-utopischer Phantasie zu beklagen.<sup>8</sup> Mehr noch: Der Begriff der „Utopie“, zumal der politischen, ist kaum noch von seinem pejorativen Unterton zu trennen; wer gar die alte Frage nach einer kollek-

---

schlechtergerechten Sprache konzedieren, dass Stil- und Formulierungsfragen nicht immer die Hoheit über die zweifellos erforderliche Gegenstandsangemessenheit der Sprache behaupten können. Er darf sich nicht in trotzigen Abwehrgesten üben. Daher wird im Folgenden das etwas sperrige und diffuse Wort „Studierende“ bzw. „Studierendenschaft“ – diffus, da in gewissem Sinne auch andere Personen als immatrikulierte Studentinnen und Studenten studieren können – anstelle von „Studenten“ bzw. „Studentenschaft“ als Sammelbezeichnung eine wiederkehrende Ausnahme bilden, gleichsam als kontinuierliche Erinnerung an die Aporien der durch die sprachliche Darstellung evozierten Bilder. Denn schon 1961, also lange bevor derartige Themen regelmäßige öffentliche Aufmerksamkeit okkupierten, entschieden sich Sozialforscher in dem für diese Studie einschlägigen Gebiet für den Sammelbegriff „Studierende“ – zwar nicht im Titel, aber doch immerhin bei der Aufführung ihrer Ergebnisse, vgl. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten. Ihre Einstellung zu Politik, Kultur und Hochschulfragen, Essen-Bredeneß 1961, S. 42. Ist hingegen von „Studenten“ oder „Studentenschaft“ die Rede, verweist dies auf den lange Zeit hindurch üblichen (nahezu) vollständigen Ausschluss von Frauen aus den höheren Bildungsinstitutionen.

6 Ibid., S. 16 und 49–61.

7 „Der Begriff [Postdemokratie, J. S.] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt.“ Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008, S. 10. Die von Crouch zusammengetragenen Diagnosen der gegenwärtigen westlichen Demokratien scheinen mittlerweile allerdings zu fungiblen und bisweilen verschwörungstheoretisch schimmernden Platitüden herabgesunken zu sein. In jenen Segmenten des Büchermarktes, die die Themenfelder „Politik“ und „Zeitgeschehen“ populärwissenschaftlich-essayistisch abdecken, sind die Regale reich gefüllt mit Büchern, die eine „neue Elitenherrschaft“ vermeintlich abgehobener Globalisten (Politiker, Konzernlenker, Lobbyisten, Netzwerker) anprangern, die an allen demokratischen „checks and balances“ vorbei die Geschicke der unbescholtenen Bürger kontrollierten. Vgl. exemplarisch Mausfeld, Rainer: Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Frankfurt a.M. 2018; Mies, Ullrich/Wernicke, Jens (Hg.): Fassadendemokratie und tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, Wien 2017 oder Bode, Thilo: Die Diktatur der Konzerne: Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören, Frankfurt a.M. 2018.

8 Vgl. Saage, Richard: Das Ende der politischen Utopie? Zum Begriff der politischen Utopie, in: Ders.: Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt a.M. 1990, S. 13–25.

tiven Existenz ohne Mangel und Angst<sup>9</sup> aufwirft, hat Schwierigkeiten, überhaupt ernst genommen zu werden.

Das alles wirkt zunächst abstrakt, doch bildet es den gesellschaftshistorischen Wurzelboden der deutschen politischen Kultur, um die es im Folgenden gehen soll. Denn auch diese politische Kultur erscheint in zunehmendem Maße als metaphysisch entleert: Politische Phänomene und Mentalitätstrends empirisch einzuordnen, ist derzeit ohne den Rückgriff auf die narrative Figur des Verschwindens von Sinnquellen und traditionellen Formen der Interessenaggregation (hauptsächlich milieunahe Parteien, Vereine, Verbände) kaum möglich. Die Zeit, in der das politische Kollektiv noch das einstige religiöse ersetzen konnte, ist vorbei: Die Diversität individualistischer Sinnentwürfe und Lebensstilpräferenzen der tertiarisierten Angestelltengesellschaft tritt an die Stelle früherer Stände- und Klassenzugehörigkeiten (Aristokratie, Bürgertum, Arbeiterschaft, Bauerntum) und einstiger politischer Milieus (Arbeitermilieu, katholisches Milieu, liberales Milieu).<sup>10</sup> Dabei konnte die politische Kulturforschung dafür hierzulande lange Zeit auf die Persistenz parteipolitischer Lagerbindungen seit dem Deutschen Kaiserreich verweisen, welche sich aus dem Phänomen der kollektive Lebensrealitäten abbildenden und klassen- bzw. gruppenspezifischen Werthaltungen prägenden gesellschaftlichen Milieus speisten.<sup>11</sup> Noch die alte Bundesrepublik erlebte in den 1960er und 1970er Jahren eine Zuspitzung des parteipolitischen Wettbewerbs in Richtung einer stabilen, bipolaren Konstellation zwischen sozial- und christdemokratischem volksparteilichem Hegemonieanspruch, obwohl die proletarischen, liberalen/protestantischen und katholischen Lebenswelten auch damals längst nicht mehr als primäre politische und sozial-moralische Vergesellschaftungssphären hatten gelten können.<sup>12</sup> Doch der vom Kritiker des bürgerlichen Jahrhunderts Friedrich Nietzsche beklagte intellektuelle Nihilismus des *fin de siècle*, der Entwertung kollektiver Wertbestände, hat sich bis Ende des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen auf sich selbst zurückgeworfener nationalstaatlich organisierter Massengesellschaften<sup>13</sup> schließlich zur politischen Normalität ausge-

- 
- 9 „Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte statt dessen [sic] auf die schlechte Gleichheit heute, die Identität der Film- mit den Waffeninteressenten deuten, den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“ Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben* [1951], Frankfurt a.M. 2003, S. 116.
- 10 Diese Dynamik affiziert sämtliche Parteifamilien, vgl. Walter, Franz: *Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik*, Stuttgart 2018, S. 69-72.
- 11 Rohe, Karl: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1992, insbesondere S. 57-97.
- 12 Vgl. Lehbruch, Gerhard: *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* [1976], Wiesbaden 2000, S. 37-44 sowie Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen*, S. 172f., insbesondere die Hervorhebung des Verschwindens der „geschlossene[n] regionale[n] und lokale[n] Milieus“.
- 13 „Zum erstenmal seit zwei Jahrhunderten besaß die Welt in den neunziger Jahren kein internationales System und keine Struktur. Die Tatsache, daß nach 1989 Dutzende von neuen Territorialstaaten auftauchten, die über keinerlei unabhängige Mechanismen zur Bestimmung ihrer Grenzen verfügten, spricht für sich selbst [...] Wo war das Konsortium der Großmächte, das einst umstrittene Grenzen festgesetzt oder zumindest formell ratifiziert hat?“ Hobsbawm, Eric J.: *Das Zeitalter*

wachsen. Materielle und mentale Ausdifferenzierungen, auch der Trend zum fragmentierten Vielparteiensystem, kennzeichnen das frühe 21. Jahrhundert:

„Der Charme großer Prinzipien und Ideensysteme scheint in allen Milieus verfolgen. [...] Überhaupt scheinen die Komplexitäten derart zugenommen zu haben, dass die gesellschaftliche Vielfalt nicht mehr durch die eine große Erzählung zu bändigen wäre.“<sup>14</sup>

In gewisser Weise ist dies die aktuelle Episode einer langen historischen Säkularisierungsbewegung, die zuletzt auch das Heils- bzw. Ordnungsversprechen der großen politischen Bewegungen – des liberalen Nationalismus, des Sozialismus, des Konservatismus<sup>15</sup> – zum Teil realisiert und zum Teil ergebnislos zerschlagen, jedenfalls aber: absorbiert hat. Dieser multiple Zerfall einstiger „Wahrheiten“ und Sinnstrukturen hat, auch im vorparteipolitischen Raum, gravierende Veränderungen im politischen Denken und Empfinden der Einzelnen gezeitigt. Das ist beispielsweise am vielerorts zu beobachtenden Erschlaffen sozialer Integrationskräfte abzulesen, etwa in Gestalt des neu entbrannten Streits *um*, ja der wachsenden Konfusion *über* Form, Inhalt und Zweck der Demokratie. Auch die sozialwissenschaftliche Erforschung von politischen Mentalitäten und Bewusstseinsformen hat diesen Dekompositions- bzw. Rekonfigurationsprozess früh registriert.<sup>16</sup>

Der Zweck dieser verfallsgeschichtlich anmutenden Ouvertüre ist, in vorausseilender Verteidigung die Naivität von Fragen nach heute noch verbliebenen, respektive nach womöglich erst noch entstehenden Quellen gesellschaftspolitischer Impulse und Ideen zu rechtfertigen. Die erhebliche Profanisierung der öffentlichen Sphäre scheint solche Fragen nicht mehr zu gestatten. Es sei daher freimütig zugegeben: Die vorliegende Studie ist eine Suchbewegung, die sich auf möglicherweise dünnem Fundament bewegt. Dennoch erklärt sie zu ihrer Basisprämisse, dass ein politikwissenschaftliches Forschungsinteresse einer bestimmten Form von Zynismus trotzen muss, die sich nach mehreren Jahren der Beschäftigung mit seiner disziplinären Sphäre einstellt: dem Eindruck, dass die Geschichte politischer Bewegungen tatsächlich einem Ineinander aus langfristiger Sinnentleerung und kurzfristigem Wiederaufleben von Hoffnungen,

---

der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2007 [ursprgl. The Age of Extremes. The short twentieth century 1914-1991, 1994], S. 688f.

14 Walter: Baustelle Deutschland, S. 29.

15 „Die Entwicklung der Weltfrömmigkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts hat die kulturell führenden Schichten und die mit ihr besonders im industriellen Prozeß verbundene städtische Arbeiterschaft dem christlichen Glauben zunehmend entfremdet. Sie machte es möglich, daß die höheren, d. h. stark individualisierten Stände ihre Theologie auf eigene Faust durch das Mittel personenbezogener Weltanschauung versuchten und die Industriearbeiterschaft Träger einer spezifisch antichristlichen revolutionären Eschatologie wurde. Beide Ersatzformen des christlichen Bewußtseins im Gesichtskreis der Welt, in großen Systemen gedanklich und künstlerisch ausgesprochen, sind bis in ihre durchsichtigen Extreme, die den Kampf gegen das Christentum und eine christlich legitimierte Gesellschaft wirklich aufnahmen, bis Nietzsche und Marx Zeugen für die noch unterirdisch fortwirkende christliche Tradition.“ Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes [1935], in: Ders. (Hg.): Die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Gesammelte Schriften Bd. VI, Frankfurt a.M. 2003, S. 84f.

16 Mehr dazu in den Erwägungen zum methodischen Vorgehen dieser Studie in Kapitel I.5.

Ängsten, Wünschen und darauf antwortenden scheinbar neuen, letztlich aber doch strukturell bekannten Sinngeneratoren und Sinnprothesen (Bewegungen und Gurus, Parolen und Slogans, politische Protagonisten und Parteien, etc.) gleichkommt, und dabei nur sehr wenige genuine Höhepunkte hervorgebracht zu haben scheint. Oder in etwas pathetischeren Worten: Wenn alles geklärt zu sein scheint, darf es am wenigsten als klar vorausgesetzt werden.<sup>17</sup>

Die Suchbewegung erscheint am aussichtsreichsten, wenn der Zustand der politischen Kultur historisch vergleichend am Gegenstand einer exponierten sozialen Gruppierung untersucht wird. Für die vorliegende Studie wurden die deutschen Studierenden ausgewählt. Die Gründe für diese Themenwahl und das verfolgte Erkenntnisinteresse sind im Folgenden zu explizieren.

## I.1 Fragestellung

Was macht die Studierenden aus politikwissenschaftlicher Perspektive interessant? Erstens: Es existiert eine langlebige kulturell überlieferte Vorstellung, welche Studierenden ein latentes Kräftereservoir freiheitlicher und kritisch-rebellischer politischer Energien zuschreibt; zweitens: Von ihnen, aus deren Kreis ein großer Teil der künftigen Funktionseliten in Bildung, Wirtschaft und Politik hervorgeht, wird immer wieder ein besonders prägender Einfluss auf die künftige politische Kultur erwartet. Ihre spezielle Lebenssituation scheint ihnen, wie über verschiedene gesellschaftliche Umbrüche und Hochschulreformen hinweg wiederholt konstatiert worden ist, exzeptionelle Freiheiten zu verschaffen, insbesondere ein vergleichsweise großes Maß an frei disponibler Zeit, ein geringes Maß an Pflichten und Verantwortungen sowie eine relative Ungebundenheit von sozialen Konventionen. In den Reihen von Studierenden, so scheint es, schlummert früher wie heute ein politisches Potenzial, auch durch ein besonderes, im Vergleich zu nichtstudierenden Altersgenossen verlängertes, Bildungsmoratorium.<sup>18</sup>

Doch nicht nur die prospektive politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Studierenden macht deren politisches Potenzial zu einem relevanten Untersuchungsgegenstand. Spätestens seit der zum Mythos geronnenen Studentenbewegung von „1968“<sup>19</sup> und der mit dieser evozierten „Ausbreitung des Ungehorsams in

17 „Je einfacher etwas scheint, desto komplizierter muss es gemacht werden.“ Bourdieu, Pierre: Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989-1992, Frankfurt a.M. 2017, S. 205.

18 „Die Aufmerksamkeit, welche die politische Kultur und Haltung der Studierenden findet, hat vor allem drei Gründe: Weitgehend aus ihrem Kreise rekrutiert sich die zukünftige Funktions- und Machtelite, die Studentenschaft gilt als mobiler Träger neuer kultureller und politischer Entwicklungen, und sie kann zeitweise selbst, meist protestierend oder rebellierend, nachhaltig in das politische Geschehen eingreifen.“ 2. Studierenden survey 1984/85, S. 241. Zur hier und im Folgenden praktizierten abweichenden Zitierkonvention der einschlägigen Survey-Studien in Kürzeln, die die Leserlichkeit der Nachweise erleichtern soll, vgl. die Aufstellung am Anfang des Abkürzungs- und Literaturverzeichnisses dieser Studie.

19 Chiffren wie „1968“ (vgl. Claussen, Detlev: Chiffre 68, in: Harth, Dietrich/Assmann, Jan (Hg.): Revolution und Mythos, Frankfurt a.M. 1992, S. 219-230) drücken mehr aus als eine Jahreszahl, sie markieren (zeit-)geschichtliche Zäsuren der politischen Kultur. Gewiss nehmen viele der Entwicklungen und Ereignisse, die in ihnen zusammengefasst werden, ihren Ausgang weitaus früher. Den-

Deutschland“ gegenüber den als verkrustet wahrgenommenen gesellschaftlichen Institutionen<sup>20</sup> gilt die Studierendenschaft einigen als Reformagent der demokratischen politischen Kultur der Bundesrepublik im Wartestand, gar als schlafender Löwe. Zu dieser Art von Erwartungshaltung gehört immer auch die Hoffnung auf zukunfts-gewandte gesellschaftskritische Impulse. Ein „vager linker Konsensus“ bestand jedenfalls noch 1977 trotz einer erwarteten konservativen Tendenzwende unter den deutschen Studierenden,<sup>21</sup> und auch noch Mitte der 1980er Jahre gehörte es zum Selbstverständnis eines großen Teils der Studierenden, „links“ bzw. „links-alternativ“ zu sein.<sup>22</sup> Doch kann jenseits dieses kulturell überlieferten Stereotyps von einer langlebigen protestaffinen politischen Kultur der Studierendenschaft tatsächlich die Rede sein? Wenn ja, welches sind ihre Grundzüge? *Inwiefern zeichneten sich deutsche Studierende historisch durch ein gruppenspezifisches politisches Potenzial aus – und geben aktuelle studentische Deutungsmuster<sup>23</sup> über Politik, Gesellschaft und Demokratie Anhaltspunkte für besondere Kräftereservoirs politischer Aktivität (Ängste, Unmut, Hoffnungen, Gestaltungswünsche, Phantasien, o. Ä.)?*

---

noch stellen sie geronnene Zeichen und kulturelle Zitate dar; sie transportieren ein, zugegebenermaßen immer mythisch durchsetztes, Gemisch an Bedeutungsgehalten, das mit präziser Begriffsarbeit nur schwer zu rekonstruieren ist, vgl. dazu etwa die Ausführungen in Greven, Michael Th.: Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre. Sammlung Budrich – Texte zur Gesellschaft, Opladen 2011, S. 31–50. Aus diesem Grund werden im Folgenden die gängigen Signaljahre zwar verwendet; um aber zugleich die Erinnerung an ihren Charakter als retrospektive Bearbeitung und politikkulturelles Zitat zu wahren, werden sie zugleich in Anführungszeichen gesetzt. Zudem: In Forschung, Zeitzeugenberichten und Presse zirkulieren mit „1968“, „68er“, „Achtundsechzig(er)“ und „68er-Bewegung“ verschiedene Kürzel, in der Regel weit jüngeren Datums als die Ereignisse selbst – vgl. dazu Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2018, S. 253, Anm. 22. Ebenso gibt es, je nach Akzentuierung der entscheidenden Aspekte jener Jahre, verschiedene Bezeichnungen: Während manche die Zentralität einer „Studentenbewegung“ hervorheben, sprechen andere zurückhaltender oder auch pejorativer von studentischer „Revolte“ oder „Rebellion“. Einige wiederum konzentrieren sich stärker auf die deutsche „Außerparlamentarische Opposition“ (APO), stellen die internationale Dimension der Erhebungen in den Vordergrund oder merken an, dass die entscheidenden Ereignisse bereits 1967 stattgefunden bzw. dass wesentliche Tendenzen bereits 1964 ihren Ausgang genommen haben, vgl. exemplarisch Kraushaar, Wolfgang: 1968. 100 Seiten, Ditzingen 2018, S. 21–28 und den Sammelband Lorenz, Robert/Walter, Franz (Hg.): 1964. Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014; ferner ausführlich Kapitel II.2.2 dieser Studie. Im Folgenden sollen je nach Kontext die betreffenden Aspekte (Studentenbewegung, Ereignisse, Akteure, politisches Klima und institutionelle Umbrüche) konkret benannt und im Fortgang der Darstellung begrifflich eingeholt werden. Sofern im Folgenden das diffuse Ineinander verschiedener ruckartig beschleunigter struktureller Entwicklungen einerseits und zentraler Ereignisse andererseits, wie es sich auch in Chiffren wie „1848“ oder „1918“ kondensiert, bezeichnet werden soll, wird von „1968“ die Rede sein.

20 Vgl. Sonnemann, Ulrich: Institutionalismus und studentische Opposition. Thesen zur Ausbreitung des Ungehorsams in Deutschland, Frankfurt a.M. 1968, insbesondere S. 7–18.

21 Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegwald: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977, S. 8.

22 Im Wintersemester 1984/85 behaupteten 31 Prozent der deutschen Studierenden, einen linken politischen Standort einzunehmen, vgl. Studierendensurvey 1980er, S. 218.

23 Zum Begriff des Deutungsmusters vgl. die Ausführungen zum methodischen Vorgehen in Kapitel I.5 dieser Studie.



## 1.2 Zum Aufbau der Studie

Das Vorhaben sucht also zwar Antworten auf eine *politikwissenschaftliche* Fragestellung; praktisch ist es jedoch dazu angehalten, sein eng gestecktes disziplinäres Feld bisweilen zu verlassen und wesentliche Zusammenhänge unter *Zuhilfenahme politisch-soziologischer sowie historischer Darstellungen* zu rekonstruieren. Befolgt wird auch kein striktes Methodenset; der Anspruch ist, sich von der Struktur der Sache hermeneutisch leiten zu lassen und dabei zu jenen wissenschaftlichen Werkzeugen zu greifen, die der sukzessiven Klärung von Zusammenhängen zuträglich erscheinen. Warum die Wahl im Falle der selbstständigen empirischen Erhebung auf das *Instrumentarium der qualitativen Sozialforschung* fällt, wird im Laufe der Darstellung deutlich werden.

Der Überzeugung folgend, dass die Aufgabe einer wissenschaftlichen Einleitung darin liegt, im Fortschreiten vom Abstrakten zum Konkreten das gewählte Vorgehen offenzulegen, entwickelt die Studie im Folgenden einen Vorbegriff des politischen Potenzials von Studierenden, der den bisher nur vage visierten Forschungsgegenstand konkretisieren soll (I.3). Daraufhin ist die Stoßrichtung der vorliegenden Studie (mitsamt des erhofften Erkenntnisgewinns) in der einschlägigen Forschungslandschaft zu verorten (I.4), bevor der methodische Zugriff erläutert wird (I.5).

Der erste Hauptabschnitt unternimmt eine aspektzentrierte Längsschnittbetrachtung politischer Bewegungen und politischer Praxispotenziale von Studierenden seit etwa 1800 bis heute, einer Zeitspanne europäischer Revolutionen, in der die politische Betätigung im Zeichen demokratischer Partizipationsforderungen historische Plausibilität gewinnt. Dabei ist zunächst der sozialgeschichtliche und institutionelle Wandel des Studierens (II.1) aufzuarbeiten, um den radikal veränderten Stellenwert akademischer Karrierewege und die – ebenso historisch veränderliche – Sonderrolle der Hochschulen zwischen staatlich geschützter Bildungsinstitution, elitärem Autonomiestreben und marktorientierter Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften deutlich zu machen. Dieses Kapitel ist dabei chronologisch komponiert: Es entfaltet die Zusammenhänge am gesellschaftsgeschichtlichen Abriss und stellt damit essenzielles Hintergrundwissen für die außergewöhnlichen Phasen studentischer Oppositionsbewegungen bereit. Deren zentrale Ereignisketten, Ermöglichungsbedingungen und Folgen werden sogleich (II.2) erörtert. Schließlich verlangt die qualitativ-empirische Analyse des studentischen politischen Potenzials in der Gegenwart nach einer umfassenden Aufbereitung der nahezu seit Beginn der Bundesrepublik vorliegenden quantitativen Studien: hier (II.3) ist insbesondere herauszuarbeiten, worin das nach Ansicht des Verfassers heute auffälligste Forschungsdesiderat besteht. Eine Zwischenbetrachtung (II.4) trägt die Resultate dieses Abschnitts zusammen und leitet aus ihnen Themenblöcke für einen Gesprächsleitfaden ab, welcher dann die Fokusgruppendifkussionen strukturiert.

Im zweiten qualitativ-empirischen Hauptabschnitt wird die Auswertung des Materials präsentiert, das im Sommer und Winter 2018 mithilfe von Fokusgruppendifkussionen mit Göttinger und Frankfurter Studierenden erhoben worden ist. Da qualitative Studien ihre Gütekriterien nicht aus einem Anspruch auf statistische Repräsentativität beziehen, sondern aus der nachvollziehbaren interpretativen Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen, werden zunächst Vorgehen und Verlauf der Erhebungsphase



(III.1) sowie die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gesprächsteilnehmer (III.2) referiert. Die mithilfe eines durch die Software MaxQDA erstellten vorstrukturierenden Codebaums vorgenommene Analyse und Interpretation der politisch-sozialen Deutungsmuster (III.3) bildet das Herzstück des Abschnitts. Dessen tragendes Interesse ist, welche Einstellungsmuster verknüpfenden privaten Gesellschaftstheorien Studierende pflegen, welche Perspektive auf politische Prozesse und politische Praxis sie hegen – und worin sich ein etwaiges politisches Potenzial *heute* messen ließe. Dass das Textvolumen dieses Teils geringer ausfällt als das des historisch-empirischen Abschnitts, hat seinen Grund im Materialreichtum und in der Literaturfülle der dort einzubeziehenden Sekundärdarstellungen und Studien im Rahmen eines Apparats an Nachweisen, dessen die Auswertung der Transkripte so nicht bedarf.

Welche Antworten die Studie insgesamt auf die Frage nach der Existenz und Struktur eines spezifischen politischen Potenzials von Studierenden in der Gegenwart und näheren Zukunft liefert, wird im abschließenden Fazit (IV) diskutiert.

Eine begleitende Anmerkung zum hier visierten Erkenntnishorizont erscheint angezeigt. Denn der dichotome Aufbau mag den Eindruck eines Nebeneinanders zweier Studien erwecken, welche mehr schlecht als recht durch das dünne Band eines zusammenführenden Schlusskapitels zusammengehalten werden. Warum, so ließe sich fragen, nicht den Textkorpus in zwei jeweils selbstständige Publikationen aufteilen, hier eine zur Vorgeschichte, dort eine zur empirischen Aktualität? Die Antwort lautet, dass die hier verfolgte Suchbewegung sich auf einen strukturierenden Fluchtpunkt zubewegt: Es ist das melancholisch durchsetzte Staunen über die lange Geschichte von Versuchen unterschiedlicher studentischer Gruppierungen und Zusammenschlüsse, vermöge einer kollektiven Anstrengung (und eben auch aufsetzend auf einem tradierten, als bindend empfundenen studentischen Kollektivitätsideal) eine wie auch immer gartete Modernisierungsbewegung in Richtung freier und egalitärer Gesellschaftsformen praktisch durchzusetzen, dabei auch Bildungsprivilegien infrage zu stellen und vermittels des vorbereitenden Schritts von Hochschulreformen zu umfassender Gesellschaftsreform fortzuschreiten. Sicher verbietet sich jede romantische Mythisierung: Den meisten studentischen Aktivisten ging es, wie noch zu sehen sein wird, schlicht um die Schaffung und Absicherung beruflicher Privilegien und individueller Lebenschancen – ganz abgesehen von den traditionalistischen, männerbündischen, chauvinistischen und schließlich völkischen Traditionen studentischer Assoziation. Doch immer wieder versuchten Teile der deutschen Studierendenschaft, einen produktiven Umgang mit jenem ambivalenten Gemisch aus akademischer Tradition und reformerischem Fortschrittswunsch zu finden, der die Universitäten schon um 1800 auszeichnete. Das barg (und birgt) eine immer wieder *durchscheinende Möglichkeit des Durchbrechens von Zyklen*, in denen die Tatkraft einer vorwärtsdrängenden Generation (oder eines einflussreichen Teils von ihr) sich schließlich darin erschöpfte, alte Eliten abzulösen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen. *Doch gerade der ephemere und fragile Status des potenziell gänzlich Anderen, das auf die Ahnung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsform hinausläuft, drohte zugleich stets den inhärenten politischen Ambivalenzen studentischer Emanzipationsideen zum Opfer zu fallen.* Das verleiht dem wiederkehrenden studentischen Oszillieren zwischen

Engagement und Enttäuschung<sup>24</sup> ein tragisches Aroma. Denn der Zug der Geschichte hinterließ auch im Feld der deutschen Studierendenschaft, insbesondere ihrer liberalen und libertären Strömungen, eine Reihe unvollender Projekte und geradezu zwangsläufig gescheiterter Vorhaben. Die Trauer des Nachgeborenen darüber, dass diese historischen Traditionslinien in der heutigen bundesrepublikanischen Bildungsgesellschaft so fundamental verwischt zu sein scheinen, bildet durchweg Initiativpunkt und Erkenntnishorizont der hier unternommenen grundlegenden Auseinandersetzung mit der Frage nach dem politischen Potenzial deutscher Studierender. Sie ist es, die Rückblick und Gegenwartsanalyse verklammert und die Deutungsarbeit<sup>25</sup> am zusammengetragenen Material anleitet.

### 1.3 Das politische Potenzial von deutschen Studierenden. Konkretisierung des Forschungsgegenstands

„[...] alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozess semiotisch zusammenfasst, entziehen sich der Definition; definierbar [sic] ist nur Das, was keine Geschichte hat.“<sup>26</sup>

Wie eingangs erwähnt, visiert diese Studie einen Forschungsgegenstand, dessen Gestalt, ja nicht einmal dessen empirische Existenz sie zweifelsfrei voraussetzen kann. Sie wäre daher schlecht beraten mit einem Untersuchungsdesign, welches ihren Gegenstand in ein enges Korsett von Determinanten einschnürt und dabei Gefahr läuft, Zusammenhänge zu übersehen, die bei einem offeneren Vorgehen womöglich sichtbar geblieben wären. Andererseits birgt ein im Wortsinne schrankenloses *Laisser-faire* das Risiko schlechter Beliebigkeit. Zwischen der Skylla des rigiden Szientivismus und der Charybdis des methodisch ungebundenen Essayismus muss also ein drittes Vorgehen möglich sein, und dieses wird hier angestrebt: die Versenkung in den Gegenstand durch einen denkenden Betrachter, die bei einer vagen Ausgangsfragestellung beginnt, um sich im Fortgang des Forschens sukzessive zu konkretisieren, überdies an entscheidenden Scharnierpunkten Zwischenresultate zu fixieren. Noch vor der Verortung der Studie im einschlägigen Forschungsfeld und der Erläuterung des methodischen Vorgehens soll daher ein analytisch konsistenter *Vorbegriff* des politischen Potenzials entwickelt werden, welcher den Fortgang der Studie anleitet, ohne sich der späteren Modi-

24 Vg. Hirschman, Albert O.: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt a.M. 1984.

25 „Das Tiefste, was vielleicht Deutung dem Geist überhaupt verspricht, ist, daß sie uns dessen versichert, daß das was ist nicht das letzte [sic] ist, – oder vielmehr das ist, was nicht nur das ist, als was es sich gibt. [...] Deuten heißt tatsächlich, der Spur dessen innewerden, was an dem was ist hinausweist über das bloß Seiende, – und zwar vermöge der Kritik, also vermöge der Einsicht gerade in die Vergängnis, die Unzulänglichkeit und die Fehlbarkeit des bloßen Seins.“ Adorno, Theodor W.: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit [1964/1965], Frankfurt a.M. 2006, S. 194.

26 Nietzsche, Friedrich: Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift [1887], in: Colli, Giorgio/Montinari, Mazzino: Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral. Kritische Studienausgabe, Bd. 5. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1999, S. 71.

fikation respektive Revision zu sperren. Gemeint ist damit eine auf einer ersten kursorischen Schau basierende einführende begriffliche Konkretisierung dessen, wonach gesucht wird. Diese Konkretisierung aber hat, da sie nichts beweist, sondern nur aufzeigt, den Charakter einer *vorläufigen* Präsentation der untersuchten Zusammenhänge. Ob sich die Zusammenhänge in dieser oder ähnlicher Gestalt dann auch historisch und/oder empirisch nachweisen lassen, ist hingegen Gegenstand der Studie insgesamt. In diesem Sinne liefern die hier aufgeführten Faktoren noch keinen „gefüllten“ Begriff des politischen Potenzials von Studierenden, sondern eben einen Vorbegriff.<sup>27</sup>

Seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts hat es hier verschiedene Versuche gegeben, das politische Potenzial von Studierenden zu bestimmen und zu erforschen; sie alle sind abhängig von der jeweiligen gesellschaftspolitischen Situation. Das Panorama der Bezugnahmen reicht von der feierlich-pastoralen, feuilletonistischen oder historiographischen Romantisierung über die marxistisch unterfütterte Hoffnung auf eine Trägerschicht des demokratischen Fortschritts bis hin zur nüchternen und zeitlos wiederholbaren sozialforscherischen Operationalisierung.

Wie aus einer anderen Zeit wirken etwa Dokumente der frühen 1960er Jahre, in denen Hoffnungen in den politischen Freiheitsdrang und die antizipative Wachsamkeit der akademischen Jugend in der jungen bundesrepublikanischen Demokratie deutlich artikuliert werden. Der CDU-Politiker, Arzt und Theologe sowie damalige Herausgeber des *Akademischen Dienstes* in Bonn, Berthold Martin, dem die Ehre des Vorworts für eine Meinungsumfrage unter Studierenden zugefallen war, deklarierte feierlich und mit dem vollen Gewicht historischer Legendenbildung:

„Ihre Beteiligung an geschichtlichen Vorgängen (1813, Hambacher Fest 1848) gibt der Studentenschaft von vornherein ein gewisses Prestige. Sie stellte die Vorhut in manchem Umbruch; sie gilt als wetterfühlend und sensibel für kommende Ereignisse. Ihr traut man zu, daß sie schneller mit Vorurteilen fertig wird und die Kühnheit des Vorgriffs besitzt. Wissenschaft, gegründet auf die Redlichkeit des Fragens und die Offenheit für Wahrheit, wird nur auf dem Boden von Freiheit möglich, stellt in der Realität die Frage nach der Freiheit in der Gesellschaft und im Staat, und so kommt es, daß Studenten bis in unsere Tage die Anwälte politischer Freiheit sind. [...] Das Interesse für die Tendenzen innerhalb der Studentenschaft als eines Teiles der Jugend ist deshalb allgemein.“<sup>28</sup>

Anlass zur Hoffnung auf den jungakademischen Avantgardismus gewann Martin dabei am Phänomen der Jugendbewegung der Jahrhundertwende, verstanden als Jugendgeneration, die sich (zumindest teilweise) tatsächlich als politisches Subjekt verstanden hatte und in Gestalt moderner politischer Jugendorganisationen fortwährende politische Mitwirkungsinstanzen geschaffen habe.<sup>29</sup> Sicher: Berthold hatte hier auch ein em-

27 Vgl. zum Verständnis von Vorbegriff und Begriff am Gegenstand von Hegels Verständnis von Philosophie den Aufsatz von Fulda, Hans Friedrich: Vorbegriff und Begriff von Philosophie bei Hegel, in: Henrich, Dieter (Hg.): Hegels Logik der Philosophie. Religion und Philosophie in der Theorie des absoluten Geistes, Stuttgart 1984, S. 13–34, hier S. 13f.

28 Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten, S. 5f.

29 Vgl. *ibid.*, außerdem den biographisch geprägten Essay über die stark subkulturell geprägte Jugendbewegung und ihre zumindest interpretierbare politische Dimension: Knoll, Joachim H.:

pirisches Forschungsinteresse zu begründen, aber allein stand er mit seiner Sichtweise nicht. Denn ganz ähnlich liest sich eine 1967 veröffentlichte „Sitten- und Sozialgeschichte“ der deutschen Studenten seit dem Hochmittelalter. Auch hier wird ein ehernes Band zwischen studentischem Freiheitsdrang und politischem Emanzipationskampf stipuliert, ja zu einer jahrhundertealten, mithin universalgeschichtlichen Größe stilisiert:

„Freiheit schreibt auf eure Fahnen!‘ Der deutsche Student hat diese Freiheit allerdings immer auch politisch und sozialkritisch verstanden. Gegen die Tyrannei der Fürsten protestierten leidenschaftlich die Medizinstudenten Friedrich Schiller und Georg Büchner. Im Kampf gegen Napoleon wurden Studenten zu ‚Lützows wilder, verwegener Jagd‘ und für Einheit und Freiheit standen sie 1848 auf den Barrikaden von Wien, Frankfurt und Berlin, und noch rund hundert Jahre später starben sie als Opfer Hitlers oder Stalins für die gleichen Ideale.“<sup>30</sup>

Die Freiheit im Blut, eine Achse von 1848 über 1900 bis 1967 – wie stimmt ein solch launiges, in der westdeutschen Intellektualität der 1960er Jahre keinesfalls seltenes, Resümee mit dem bildungsbürgerlichen Antisemitismus des Deutschen Kaiserreichs zusammen, an dessen Verbreitung und Konsolidierung die deutschen Korpsstudenten maßgeblichen Anteil hatten?<sup>31</sup> Wie harmoniert der hier reklamierte Status als „Opfer“ des Zweiten Weltkrieges mit der entwaffnenden Leidenschaft, die die deutschen Studenten in den 1920er Jahren bei der Nazifizierung der studentischen Subkultur und der Universität bewiesen, wie mit den antisemitischen Krawallen gegen jüdische, liberale und sozialdemokratische Kommilitonen und Professoren im Zuge ihres ressentimentgeladenen Aufstandes gegen die Ordnung der republikanischen Eliten ab 1925?<sup>32</sup>

Deutlich analytischer, wenn auch kaum weniger euphorisch brummend, gehen Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler und Friedrich Weltz in der gemeinhin als klassisch geltenden Studie *Student und Politik* von 1961 vor. Sie verstanden das politische Potenzial von Studierenden nicht als vage überhistorische Triebkraft, sondern machten es erstmals zum Gegenstand eines empirischen Forschungsprojekts. Dabei deduzierte man die Möglichkeit freier politischer Kräfte reserven aus Erwägungen über die allgemein beschränkten Partizipationsmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie; der Hintergrund der Überlegungen war weniger die Rolle studentischen Protests für politische Großveränderungen in soziodemographisch anders strukturierten Gesellschaften – wie dem damaligen Ägypten und Ungarn, in Korea, der Türkei und Japan –, sondern schlicht die Beobachtung der vorübergehenden beruflich-moralischen Ungebundenheit von Studierenden als auch ihrer Zielbeschäfti-

---

Typisch deutsch? Die Jugendbewegung. Ein essayistischer Deutungsversuch, in: Knoll, Joachim H./Schoeps, Julius: Typisch deutsch: Die Jugendbewegung, Opladen 1988, S. 11-34.

30 Klose, Werner: Freiheit schreibt auf eure Fahnen. 800 Jahre deutsche Studenten, Oldenburg/Hamburg 1967, S. 8f.

31 Vgl. Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M. 1984, S. 84.

32 Vgl. Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 145 und 153f.

gung als „Schlüsselgruppe“ für spätere „funktionelle Eliten“. <sup>33</sup> In anderen Worten: Man hielt ihre politischen Einflussaussichten für vielversprechend. Dabei stellte die von Habermas verfasste Einleitung nicht nur sozialphilosophische Reflexionen an, sondern trägt gewiss Züge eines politischen Manifests: Er bestimmte das „politische Potenzial“ hier kryptosozialistisch-evolutionstheoretisch, über eine spezifische historische Funktion studentischer Impulse für die Beschleunigung einer als im „entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang“ begriffenen und in marxistischen Termini fassbaren sozialen wie politischen Vollendung des Demokratisierungsprozesses der deutschen Gesellschaft, präzise: zur „Entwicklung der formellen zur materialen, der liberalen zur sozialen Demokratie“, also zur Herstellung einer soziale Teilhaberechte garantierenden Wirtschaftsform <sup>34</sup> sowie eines politischen Herrschaftssystems, das „Herrschaft auf rationale Autorität, nämlich auf Teilung von Arbeit und Erfahrung sowohl im Interesse als auch unter Kontrolle aller Individuen“ begründet. <sup>35</sup> So heißt es:

„Am ehesten [...] dürfte noch von Studenten eine gewisse Beschäftigung mit den politischen Risiken der Gegenwart und womöglich Einsicht in die Chancen zu erwarten sein, die eine auf ihrem gegenwärtigen Stand erhaltene, und erst recht eine in ihren eigenen Intentionen verwirklichte Demokratie für das Wohl der Gesellschaft im ganzen ebenso eröffnet wie für den Schutz, die Freiheit und vielleicht gar das Glück der persönlichen Lebensgeschichte.“ <sup>36</sup>

Studentisches politisches Potenzial meint in dieser Konzeptualisierung also eine Form von säkularisierter historischer Mission zur Durchsetzung einer neuen radikaldemokratischen Gesellschaftsform – was dem akademischen Nachwuchs als Trägern des Fortschritts in Richtung egalitärer Teilhabechancen eine erstaunliche Verantwortung auflädt. Überdies blieb der einleitende Aufsatz von Habermas unbehelligt von den teils ernüchternden Ergebnissen der Studie, die das Verhältnis der Studierendenschaft zur Demokratie insbesondere im Krisenfall als eher instabil erwiesen. <sup>37</sup> Durchsetzen konnten sich jene studentischen Kräfte, die ein solches Ziel in den 1960er Jahren tatsächlich visierten, bekanntlich ohnehin nicht: 1968, nachdem der hochschulpolitische Konflikt an der Freien Universität (FU) Berlin in die westdeutsche Studentenbewegung gemündet war, erinnerten Friedeburg et al. noch einmal an die verpasste Gelegenheit, an der Weggabelung der „historischen Alternative von autoritärer und sozialer Demokratie“ den ersten Schritt in Richtung letzterer zu tun, wie es durch eine Einlösung der vom Sozia-

33 Habermas, Jürgen/Friedeburg, Ludwig von/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, S. 53-55.

34 Diese Wirtschaftsform habe „die erarbeiteten Mittel der Bedürfnisbefriedigung, die materiellen und geistigen Produktivkräfte im Interesse der Bedürfnisbefriedigung aller Individuen“ zu verwenden, „und nicht nur in partikularem Interesse“. Ibid., S. 55.

35 Ibid.

36 Ibid.

37 Nur 9 Prozent bewiesen ein „definitiv demokratisches“ Potenzial, 16 Prozent ein „definitiv autoritäres“ – während zwei Drittel der Studierenden ein „unprofilirtes“ Potenzial zeigten. Ibid., S. 232.

listischen Deutschen Studentenbund (SDS) vorgebrachten Reformvorschläge demnach hätte gelingen können.<sup>38</sup>

Solche Töne klingen heute mehr als ungewohnt. Das ist kein Zufall: Schon seit den frühen 1970er Jahren befindet sich die optimistische Suche nach einer politisch aktivierbaren Studierendenschaft im Rückbau, auch infolge der Bildungsexpansion und des mit ihr verbundenen Charakterwandels akademischer Bildung. Das Bild des studentischen politischen Verhaltens trübte sich in vielfacher Hinsicht ein: Zunächst war es die befürchtete studentische politische Radikalität und Verachtung gegenüber den demokratischen Institutionen, die eine kontinuierliche Beforschung der Stimmungslagen und politischen Orientierungen ins Leben rief – während es seit Ende der 1980er Jahre im Gegenteil die nunmehr diagnostizierte politische Apathie und Apolitizität ist, die Politikwissenschaftler und Soziologen in Stirnrunzeln verfallen lässt.<sup>39</sup> So hob Uwe Schlicht, ein weiterer Chronist studentischer Bewegungen, angesichts der protestreichen 1970er Jahre und verbreiteter akademischer Arbeitslosigkeit, 1980 einen besonders gefährlichen Zug des politischen Potenzials von Studierenden hervor, nämlich die potenzielle Verbissenheit und innere Uniformierung, ja antidemokratische Verführbarkeit in Zeiten sozialer und kultureller Frustration sowie beschädigter gesellschaftlicher Anerkennung. Er erinnerte an die völkisch agitierenden Studenten der 1920er und 1930er Jahre:

„Wer [...] der heutigen Generation der Studenten angesichts einer drohenden Akademikerarbeitslosigkeit die Formel vorhält, Bildung sei ein Wert an sich, kann nicht erwarten, damit Ängste zu überwinden. [...] Noch weniger werden mit Aussagen diese Art die geburtenstarken Jahrgänge abzuspeisen sein, die zwischen 1980 und 1990 von den Schulen und Hochschulen in die Berufe drängen. Wer wird ihre Interessen wahrnehmen, wer wird ihnen Sicherheit und eine von ihnen akzeptierte Zukunft geben? [...] Die Geschichte der Weimarer Republik zeigt, daß sich die junge Generation, wenn die etablierten Parteien sich ihrer nicht annehmen, den radikalen Außenseiterparteien zuwendet. Extremisten leben als Minderheiten davon, sich derer anzunehmen, die in den gesellschaftstragenden Organisationen keine Heimat finden.“<sup>40</sup>

Im Jahre 1980 erschien daher eine neue Welle radikaler, womöglich deutlich militanterer, Studentenproteste immerhin denkbar.<sup>41</sup> Hieraus erklärt sich das in den frühen 1980er Jahren, dem Zeitraum der an den Universitäten reüssierenden Alternativbewegung, auffällig rege Interesse an einer politischen Studentengeschichte. Eine Infratest-Studie etwa, die die Protestneigung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Vergleich untersuchte, auch um das politische Potenzial der Studierenden zu messen und

38 Friedeburg, Ludwig von/Horlemann, Jürgen/Hübner, Peter/Kadritzke, Ulf/Ritsert, Jürgen/Schumm, Wilhelm: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, Neuwied/Berlin 1968, S. 18f. Dass die Kategorie des politischen Potenzials der Studierenden hier weitgehend wie in der Studie von Habermas et al. – als Demokratie stärkendes und expandierendes Potenzial – konkretisiert und gemessen wird, ist *ibid.*, S. 216-237 nachzulesen.

39 Vgl. dazu eingehend Kapitel II.3 dieser Studie.

40 Schlicht, Uwe: Vom Burschenschafter bis zum Sponti. Studentische Opposition gestern und heute, Berlin 1980, S. 10.

41 Vgl. *ibid.*

die in ihren Reihen vermutete Gefahr politischer Radikalität einzuschätzen, machte denn auch eine „besonders zum politischen Protest neigende Bevölkerungsgruppe“ aus, nämlich die „jungen, formal besser Gebildeten“<sup>42</sup> – und stellte fest, dass 30 Prozent der deutschen Studierenden ein spezifisch linkes<sup>43</sup> Protestpotenzial aufwiesen – gegenüber 4,4 Prozent in der Gesamtbevölkerung.<sup>44</sup> Zugrunde lag dabei eine lineare Steigerungslogik, die so genannte „Protestpotenzialskala“<sup>45</sup> nach Max Kaase. Den Schlusspunkt setzte hier der bemerkenswerte Rundumschlag des Historikers Konrad H. Jarausch, der 1984 aus zweihundert Jahren Studentengeschichte ein „Grundmuster“ studentischer Verhaltenstypen destillierte: die Hegemonie des „Angepaßten“, für den der „Hauptstudienzweck die Berufsausbildung“ gewesen sei, stehe dem marginalen Auftreten des „Aussteigers“ und des „kritischen Akademikers“ gegenüber.<sup>46</sup> Zwar sei „eine Mehrheit der Studierenden meist apolitisch“ gewesen, doch „Phasen des starken Engagements wechselten mit anderen Phasen der desinteressierten Passivität ab.“<sup>47</sup> Die Struktur des politischen Potenzials von Studierenden sei demnach als „Resultat einer komplexen Interaktion zwischen Bildungswachstum, Subkultur und dahinterliegenden sozialen und politischen Prozessen“ aufzufassen.<sup>48</sup> Jenseits des jeweils gegebenen historischen Zeitpunktes scheinen zumindest demnach keine langfristig gültigen Potenziale auszumachen zu sein. Mit anderen Worten: Das etwaige politische Potenzial sei in der je gegebenen historischen Situation zu bestimmen.

Nach diesen eher nachdenklichen Einschätzungen sank das allgemeine Interesse am politischen Bewusstsein und Verhalten der Studierenden ab. Seit etwa vierzig Jahren sind systematische Studien dieser Art wohl auch aus diesem Grund weitgehend ausgeblieben. An ihre Stelle tritt – bis heute – die surveybasierte Einstellungsforschung, die mit festgelegten und quantifizierbaren Itemkatalogen Stimmungsbilder der deutschen Studierendenschaft zeichnet. *Das Interesse an (handhabbar quantifizierbaren) Einstellungen löste früh das Interesse am (mehrschichtigen, anspruchsvoller zu erforschenden) Bewusstsein ab.* In den späten 1980er und 1990er Jahren war es nicht mehr die womöglich drohende radikale Politisierung, die wissenschaftliche Sorgenfalten evozierte, sondern im Gegenteil

42 Infratest Wirtschaftsforschung GmbH: Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980, S. 51. Genauer: „Personen mit hohen Werten auf der Protestpotentialskala – sind überdurchschnittlich jung, – besitzen eine gute Schulbildung, – haben relativ häufig Hochschulreife, – sind überdurchschnittlich häufig konfessionslos, – sind überdurchschnittlich häufig ledig, und – sind zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil in Ausbildung.“ Ibid., S. 52 (Herv. i. O.)

43 Damit ist die Hinneigung zu politischem Protest im Sinne spezifischer Einstellungs- und Orientierungsdimensionen in Form von sieben „Typen“ gemeint, ibid., S. 113-117.

44 Vgl. ibid., S. 54.

45 Ibid., S. 39-45. Die Skalenwerte zur Ermittlung des Protestpotenzials errechnen sich hier über freiwillige Angaben zu zehn Items über das individuelle Aktivitätsniveau: Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (Skalenwert 1), Teilnahme an einer Bürgerinitiative (2), Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration (3), Beteiligung an einem Boykott (4), Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen (5), Blockieren des Verkehrs mit einer Demonstration (6), Beteiligung an einem wilden Streik (7), Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden (8), Beschädigung fremden Eigentums (9) und Anwendung von Gewalt gegen Personen (10). Ibid., S. 41.

46 Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M. 1984, S. 247-250.

47 Ibid., S. 245.

48 Ibid., S. 246.



die Diagnose einer entpolitisierten, teilnahmslosen Studierendenschaft. Die bedenklichsten Passagen einschlägiger Studien finden sich bezeichnender Weise dort, wo – wieder einmal – die Atrophie an politischem Engagementwillen und politischer Phantasie unter deutschen Studierenden beklagt wird.<sup>49</sup> 1996 beispielsweise stellte eine Studie eine allmählich absinkende Orientierungskraft der traditionellen Deutungsangebote „linker“ wie „rechter“ Provenienz für die Studierenden fest, während die Distanz zur demokratischen Gesellschaft und ihren Institutionen weiter gewachsen sei.<sup>50</sup> Auch der am *Studierendensurvey* maßgeblich beteiligte Tino Bargel zog wiederholt vernichtende Bilanzen zum Bewusstseinsstand der Studierenden. 1994 fragte er in der Zeitschrift *hochschule ost* nach dem „politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland“<sup>51</sup> – wenngleich mit dem ernüchternden Ergebnis einer weitgehenden hochschul- und gesellschaftspolitischen Apathie – und legte 2009 mit seiner Diagnose einer „ratlosen Generation“ nach: Studentisch seien nun vor allem „Rückzug, Labilität und Konventionalität“, ferner die Trends „von der aktiven Beteiligung zur passiven Kundschaft“, „von Stellungnahmen zu Beliebigkeiten oder Gleichgültigkeiten“, und „vom starken Selbstbewusstsein zu Unsicherheiten“.<sup>52</sup> Angesichts dieses Abgangs auf die politischen Qualitäten der Studierenden mag es merkwürdig erscheinen, dass das studentische *Protest*potenzial aus der Sicht desselben Autors insgesamt kaum gesunken ist. Die Quellen bzw. Vorzeichen dieses Potenzials aber könnten sich von stärker ideellen Motivlagen in amorphes Unmutspotenzial gewendet haben. 1989, nach den ersten drei *Studierendensurveys*, hält Bargel noch fest, dass das wiederholt gestiegene „subjektive politische Kompetenzgefühl“ der Studierenden, verbunden mit der Empfindung normativer Verpflichtung zu politischer Verantwortung, als Indiz dafür gewertet werden könne, „daß politische Aktivitäten von Studierenden – bei aktuellen Anlässen – jederzeit wieder möglich“<sup>53</sup> seien. Etwa zehn Jahre später aber, 1998, zog er sich auf einen sichtlich anspruchloseren Begriff des politischen Potenzials zurück: Zwar sei keine organisierte *Studentenbewegung*<sup>54</sup> mehr zu erwarten, wohl aber sporadische Protestaktionen, auch in der Gestalt egoistisch-materiell motivierter Inzivilität. So führt der langjährige Sozialforscher aus:

„Seit dem studentischen Aufbegehren in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wird immer wieder die Frage gestellt: Wann protestieren die Studierenden? [...] Studierende

49 Vgl. Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden, S. 14–16, sowie Demirovic, Alex: Die politische Metapher links S. 371 und S. 389–391, der *ibid.* die Entwicklung studentischer politischer Orientierungen auf eine „Krise der Linken“ zurückführt.

50 Vgl. Demirović, Alex/Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts: Student und Politik in den neunziger Jahren. Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M. 1996, S. 243f. und Demirovic, Alex: Die politische Metapher links und die politischen Orientierungen von Studierenden, in: PROKLA H. 104/1996, S. 371–394, hier S. 389–391.

51 Bargel, Tino: Zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland, in: *hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland*, H. 3/1994, S. 9–18.

52 Bargel, Tino. Student und Politik: die ratlose Generation. Bd. News 30.3. AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 2009, S. 1.

53 Studierendensurvey 1980er, S. 217.

54 Zur Bestimmung von Studentenbewegungen im Unterschied zu Studentenprotest vgl. Kapitel II.2 dieser Studie.

haben offensichtlich eine grundsätzliche oder latente Neigung zum Protestieren und Demonstrieren; in den Formen sind sie oftmals nicht zimperlich. Die Bereitschaft dazu hatte sich zwar – analog zum politischen Interesse – abgeschwächt, aber: aufgrund unserer Befunde konnte man nicht davon ausgehen, daß die Studierenden ihre Kritik und ihre Protestbereitschaft endgültig an den Nagel gehängt hatten. Ihre grundsätzliche Protestbereitschaft, auch in aggressiveren Formen, war durchaus vorhanden geblieben, bei geringem Abebben. Sie war zudem verbunden mit verbreiteter Unzufriedenheit an den politischen Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten, in West wie Ost, sowie mit starker Kritik an Parteien und Politik. All dies ist eine Voraussetzung und kann dazu beitragen, daß die Studierenden Anlässe finden, ihre latente Protestbereitschaft wieder zu aktivieren. [...] Bei ihren Forderungen, in unseren Umfragen wie auf ihren Flugblättern und Plakaten, denken sie dabei häufiger an sich und die Verbesserung ihrer Lage, als an andere und die Verbesserung der Welt.“<sup>55</sup>

Auch der aktuelle 13. *Studierendensurvey*, durchgeführt im Wintersemester 2015/16, zeigt, dass die gemessenen Zahlen weiterhin einen solchen Schluss hergeben – obwohl er im Bericht so selbst nicht gezogen wird.<sup>56</sup>

Tatsächlich ist augenfällig, dass es unter den an Hochschulen Immatrikulierten auch in den letzten Jahren immer wieder zu bildungspolitischen Protesten gekommen ist. Selten bleibt der Rekurs auf einen anspruchsvollen Bildungsbegriff neuhumanistisch-Humboldt'scher Prägung dabei aus: Das Studium scheint, wenn auch nur sporadisch, Ressourcen freizusetzen, politische Traditionslinien zu vererben, Ansprüche zu begründen. Ein Hauch von Studentenbewegung weht dort, wo studentische Streiks und Demonstrationen die öffentliche Aufmerksamkeit vereinnahmen – wie zuletzt bei den Studentenstreiks 1997, 2003 und 2009/10. Im Subtext erschien hier häufig der potenziell freiheitliche, kritische oder rebellische Geist des Studierendentums. Das aber erscheint vor dem Hintergrund dieser ersten Erkundung seltsam ahistorisch. Wird die Gruppe der Studierenden derart als Gruppe gefasst, die bisweilen als Brutstätte von zukunftsgewandter Innovationskraft, gesellschaftspolitischer Phantasie und somit auch heilsamer kritischer, subversiver oder oppositioneller Energien erscheint, in Phasen vermuteter Rechtstrends aber auch als Quell bedenklicher, da womöglich autoritär verführbarer Energien, begibt man sich in den Bereich der Mythenbildung. Im ersteren Falle dient meist die Bezugnahme auf die Studentenbewegung von „1968“ als Kontrastfolie, um sich über den intellektuellen und politischen *status quo* der gegenwärtigen Studierendenschaft zu beklagen oder trotzig die unveränderte Möglichkeit demokratieförderlicher studentischer Subversivität zu insinuieren.<sup>57</sup> Mythen dieser Art überblenden, dass massenhafter studentischer Protest sich historisch gesehen nie

55 Bargel, Tino: Wandel des politischen Bewußtseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender? Befunde des Studierendensurveys 1983-1998. Referat bei der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung „Politisches Bewußtsein von Studierenden in Hessen 1918 – 1998“, am 17. Juni 1998 im Studentenhaus der J. W. Goethe Universität, Frankfurt a.M. AG Hochschulforschung, Universität Konstanz 1998, S. 11f.

56 Vgl. dazu 13. Studierendensurvey 2015/16, ferner Kapitel II.3.4 dieser Studie.

57 Vgl. exemplarisch Fries, Meike: „Studenten sind ein Unruheherd“. Interview mit Dieter Rucht, in: Zeit Online, 18.01.2011, online einsehbar unter: <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2011-01/studenten-tunesien> [eingesehen am 01.08.2019].

allein aus ideeller Überzeugung, sondern auch und ganz maßgeblich aus dem Drängen in Karrieren, an die diskursive Deutungshoheit sowie aus einem langlebigen elitären Standes- und Sendungsbewusstsein speiste.<sup>58</sup> Überhaupt bildet sich – folgt man dem Modell des norwegischen Soziologen Johan Galtung, das bezeichnenderweise aus den frühen 1970er Jahren stammt – ein wesentlicher Keim sozialer Revolten dort, wo eine signifikante Masse blockierten aufstiegsorientierten bürgerlichen Nachwuchses eine restriktive „feudale[] Gesellschaftsordnung“ vorfindet, die sich „um eine meritokratische Achse dreht“, also auf abgedichtete Hierarchien und versiegelte Karrierewege trifft.<sup>59</sup> Für die materiell eher saturierte (wenngleich kulturell in gewisser Hinsicht heimatlose) deutsche „68er-Bewegung“, die in einer Phase beispielloser Bildungsexpansion mobilisierte, mag diese Formel zwar nicht vollumfänglich gelten. Doch ist in den unmittelbar zurückliegenden Jahren, etwa im arabischen Raum, in Frankreich oder in den südeuropäischen Ländern, das tatsächliche Protest- und Mobilisierungspotenzial perspektivloser Nachwuchs-Akademiker deutlich geworden.<sup>60</sup> Für einen aktuellen Begriff des politischen Potenzials von Studierenden ist also auch wichtig: Wie sieht die Gegenwart der Studierenden in Deutschland, eines wirtschaftlich florierenden Staates mit deutlich niedrigerer Jugendarbeitslosigkeit und einer zahlenmäßig eher unterlegenen Jugend, tatsächlich aus?

Hier zeigt ein erster Blick: Obgleich zwischen den jeweiligen Fachrichtungen und Betätigungsfeldern erhebliche Unterschiede herrschen, sieht der akademisch gebildete Nachwuchs im Vergleich mit seiner „Babyboomer“-Elterngeneration zwar einer recht reibungsarmen beruflichen Einmündung, aber kaum nennenswerten Aufstiegschancen entgegen. Ein großer Anteil der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger – im branchenübergreifenden Mittel aktuell 45 Prozent – muss sich trotz stabilen volkswirtschaftlichen Verhältnissen zunächst einmal mit befristeten Arbeitsverträgen zufriedengeben;<sup>61</sup> ganz besonders, wer eine akademische Karriere mit Weiterqualifikation nach der Graduierung verfolgt, ist im Mittel zu knapp 76 Prozent befristet, blickt überdies einer als unplanbar geltenden beruflichen Zukunft entgegen.<sup>62</sup> Die Unter-30-Jährigen sehen sich derzeit verschlungenen Karriere-Aussichten, nicht selten versiegelten Führungsriegen und steigenden Wohnkosten gegenüber. Sie erreichen im Gegensatz zu ihren Eltern und Großeltern immer seltener die mittleren Einkommensklassen und müssen darüber hinaus auf die relativ sicheren Zinssätze der alten Bausparverträge und Lebensversicherungen verzichten; auch Renteneintrittsalter und Niveau der Altersversorgung erscheinen unsicher. OECD-Experten zufolge schrumpft daher (auch)

58 Vgl. dazu eingehend die Kapitel II.1 und II.2 dieser Studie.

59 Vgl. Galtung, Johan: Eine strukturelle Theorie der Revolution, in: Jänicke, Martin (Hg.): Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung, Opladen 1973, S. 121-167, hier S. 166.

60 Kraushaar, Wolfgang: Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg 2012.

61 Vgl. Bossler, Mario/Gürtzgen, Nicole/Kubis, Alexander/Moczall, Andreas: Befristungen bei Neueinstellungen. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg 2017, S. 4.

62 Vgl. Leischner, Franziska/Krüger, Anne K./Moes, Johannes/Schütz, Anna: Beschäftigungsbedingungen und Personalpolitik an Hochschulen in Deutschland, Projektbericht, Berlin 2016, S. i-iii, S. 23f. und S. 14-21.

die deutsche Mittelschicht zu Ungunsten der „Millennials“: „The middle class dream is increasingly only a dream for many.“<sup>63</sup> Trotz alledem aber bleiben Studierende relativ privilegiert: Die Verfügbarkeit attraktiver Karrierewege für prospektive Universitätsabsolventen und den akademischen Nachwuchs hält aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Konjunktur vergleichsweise gut Schritt mit den fortschreitenden „Akademisierungs“-Dynamiken, also der rasant wachsenden Bildungsexpansion und der zunehmenden Verdrängung anderer Berufsausbildungswege durch das Studium.<sup>64</sup> Noch immer tragen Bewerberinnen und Bewerber mit Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen statistisch gesehen das geringste Risiko, Lohn und Brot einzubüßen.<sup>65</sup> Angesichts dieser Gemengelage ist es nicht verwunderlich, dass von einer signifikant politisierten deutschen Studentenschaft oder einem kollektiv bekundeten Unmut, der zu hochschul- oder parteipolitischen, gewerkschaftlichen oder außerinstitutionellen Mobilisierungsbewegungen führen würde, aktuell nicht die Rede sein kann. Nur: Raum für manifesten Aufstiegsoptimismus lässt diese relative Sekurität eben auch nicht.<sup>66</sup> Nicht einmal auf die traditionellen Sekuritäts-Privilegien der gebildeten Mittelschichten der Eltern- und Großelterngeneration scheint man noch ernsthaft zu pochen. Der für manche Perioden, und in ganz besonderem Maße für die Studierenden der 1960er Jahre prägende Aspirationseifer scheint heute, sicher auch durch die veränderten Arbeitsmarktbedingungen verursacht, dem Wunsch nach einer ausgeglichenen Lebensführung bei komfortablem Auskommen gewichen zu sein.<sup>67</sup> Nur wenige lockt eine steile Karriere oder die Verheißung des sozialen Aufstiegs; die Aussicht auf Einkommen *allein* motiviert nicht zur Aufnahme eines Studiums. Familie, Freunde und Freizeit werden zunehmend ebenso wichtig gewertet wie Berufserfolg, Karriere und Einkommen.<sup>68</sup> Politisches Interesse und Interesse am Zustand der Demokratie errei-

- 
- 63 Vgl. OECD: Under Pressure. The Squeezed Middle Class, Paris 2019, insbesondere S. 13-14 und 42f.; das wörtliche Zitat *ibid.*, S. 16.
- 64 Wolter, Andrä: Eigendynamik und Irreversibilität der Hochschulexpansion: Die Entwicklung der Beteiligung an Hochschulbildung in Deutschland, in: Bancherus, Ulf/Bülow-Schramm, Margret/Himpele, Klemens/Staack, Sonja/Winter, Sarah (Hg.): Übergänge im Spannungsfeld von Expansion und Exklusion. Eine Analyse der Schnittstellen im deutschen Hochschulsystem, Bielefeld 2014, S. 19-38, hier S. 35-37.
- 65 Die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist für sie statistisch gesehen am geringsten, vgl. 5. Bildungsbericht 2014, S. 135.
- 66 Eines der entscheidenden Motive der Studienaufnahme ist derzeit der Wunsch, vor Erwerbslosigkeit geschützt zu sein – nicht etwa die Erwartung fürstlicher Gehälter. Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 68. Dass die mit diesem Schicksal Gesegneten aus der Not die berühmte Tugend schmieden und sich die Rastlosigkeit ihrer Erwerbsbiographien mithilfe vormals sozialkritischer Motive nun als Flexibilität der eigenverantwortlichen *opportunities* zu eigen machen, ist der zentrale Topos einer berühmten Studie, die sich vergleichend mit der Managementliteratur der 1960er und 1990er Jahre auseinandersetzte, vgl. Boltanski, Luc/Chiapello, Ève: Der neue Geist des Kapitalismus, Köln 2006.
- 67 Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 68f.
- 68 Vgl. 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 5 und 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 14-16, insbesondere aber S. 79f.: „Partner, eigene Familie“ wurden von 85 Prozent, „Geselligkeit, Freundes- und Bekanntenkreis“ von 84 Prozent, „Eltern und Geschwister“ von 82 Prozent als sehr wichtig identifiziert, „Politik und öffentliches Leben“ nur von 29 Prozent; ein Interesse an studentischer Politik äußerte mit 32 Prozent (FH) und 36 Prozent (Universität) nur ein Drittel der Studierenden. Vgl. ferner Knopke, Katharina/Krüger, Laura/Siri, Jasmin: Vereinzelt, konfliktscheu, weltof-

chen gegenüber dem privaten Lebensbereich trotz jüngst leicht steigender Tendenz nur geringe Relevanzwerte; politisches Engagement, insbesondere in der studentischen Politik, lockt nur einen marginalen Teil. *Prima facie* also scheinen die bundesrepublikanischen Studierenden der späten 2010er Jahre weder über aktivistisches noch über elitäres Selbstbewusstsein zu verfügen, vielmehr eine verhalten optimistische,<sup>69</sup> bisweilen defensiv anmutende Haltung eingenommen zu haben.

Andererseits aber mehren sich auch Hinweise mit Irritationspotenzial: Mehr und mehr Studierende betonen die kritische Rolle der Opposition in der Demokratie, gewichten das Demonstrationsrecht der Bürgerinnen und Bürger insgesamt höher als die Stabilität der öffentlichen Ordnung;<sup>70</sup> der aktuelle 13. *Studierendensurvey* attestiert 55 Prozent unter ihnen eine „gefestigte positive Grundhaltung gegenüber der Demokratie in allen ihren Aspekten.“<sup>71</sup> Und nicht zuletzt gibt fast die Hälfte der Studierenden an Universitäten als Studienmotiv an, „die Gesellschaft verbessern“ zu wollen, ein neben der Einkommensorientierung in den letzten Jahren besonders stark gestiegener Wert.<sup>72</sup> Handelt es sich hierbei um Lippenbekenntnisse eines Antwortverhaltens, das sich an den erwarteten Kriterien sozialer und politischer Erwünschtheit orientiert – oder deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass ein großer Teil der Studierenden die Demokratie als potenziell fragile Ordnung wahrnimmt, für die man persönlich, sei es individuell oder kollektiv, eintreten sollte? Schließlich führten nicht nur die mehrheitlich jungen Aktivistinnen und Aktivisten von NoPegida in den Jahren 2015 und 2016 ihr Protestengagement auf die Empfindung staatsbürgerlicher Pflichten und demokratischer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft – insbesondere im Falle gefährdeter demokratischer Prinzipien – zurück,<sup>73</sup> auch unter den 2016 und 2017 vom Institut für Demokratieforschung befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde über weit verbreitete Ängste vor einem Zerschlagen der Gesellschaft in unversöhnliche Fronten und von einem jüngst gewachsenen Bewusstsein über den Wert der Demokratie berichtet, über den man gerade angesichts globaler Entwicklungen wie der Wahl

---

fen? Studierende und Politik, Bonn 2017 und S. 7, pointiert auch Stoldt, Till-Reimer: Deutschlands Studenten geben sich der Sorglosigkeit hin, in: Welt Online, 06.07.2018, online einsehbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article178866492/Studenten-Studie-Beruflicher-Erfolg-verliert-extrem-an-Stellenwert.html> [eingesehen am 01.08.2019] Zu den hier verwendeten abgekürzten Verweisen auf die *Sozialerhebung* des Deutschen Studentenwerks, auf den *Studierendensurvey* „Studiensituation und studentische Orientierungen“ der AG Hochschulforschung Konstanz und auf den indikatorengestützten Bericht „Bildung in Deutschland“ des Konsortiums Bildungsberichterstattung vgl. das Literaturverzeichnis dieser Studie.

69 Größere Schwierigkeiten bei der Stellenfindung erwarten aktuell nur ca. 16 Prozent der befragten Studierenden, vgl. 13. *Studierendensurvey* 2015/16, S. 73.

70 Vgl. 13. *Studierendensurvey* 2015/16., S. 89 f.

71 Vgl. *ibid.*, S. 91.

72 Vgl. *ibid.*, S. 15.

73 Vgl. Marg, Stine/Trittel, Katharina/Schmitz, Christopher/Kopp, Julia/Walter, Franz: NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2016, S. 66 und S. 81f. Damit ist nicht gesagt, dass die hier untersuchten Aktivistinnen und Aktivisten ihre Verpflichtungen durch das Protestengagement auch als erfüllt betrachten. Zudem ist fraglich, ob die von ihnen vertretene Vorstellung von demokratischen Mehrheiten tatsächlich pluralistisch ist, führte diese doch zum tendenziellen normativen Ausschluss der PEGIDA-Demonstrantinnen und -Demonstranten aus der Gesellschaft, S. 133-139.

Donald Trumps zum US-Präsidenten oder dem elektoralen Siegeszug rechtspopulistischer Parteien in Europa einzutreten habe.<sup>74</sup> Problemwahrnehmungen in Bezug auf den Zustand der Gesellschaft und der sozialen Integrationskräfte inklusive der zivilen Umgangsformen, aber auch Sorgen um die demokratische Stabilität sind, so scheint es, unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Allgemeinen und unter Studierenden im Besonderen in den letzten Jahren allmählich virulenter geworden. Könnten sich nicht auch derartige Regungen zu einem neuen Kollektivitätsempfinden zusammenschließen, wie es historischen Studentenbewegungen stets vorausgegangen war? Raum für eine Erörterung der spezifischen Ursachen, Ermöglichungsbedingungen und Ereignisketten historischer Studentenbewegungen verbleibt in den Forschungsdesigns der heute gängigen Survey-basierten Einstellungsforschung jedenfalls nicht.

Also: In der Zusammenschau scheint der Glanz studentischen Freiheitsdrangs verblasst. Auch eine selbstbewusste, ausdauernde und strukturierte Studentenbewegung steht zunächst offenbar nicht zu vermuten. Von ohnehin nur noch historischem Interesse scheint heute überdies das Zeitalter des säkularen Messianismus mit seinen reformerischen respektive revolutionären Erlöserfiguren und Trägergruppen (egal ob bürgerlicher, proletarischer oder studentischer Provenienz) zu sein. Zugleich aber entsteht der Eindruck historischer Kontinuitätslinien, der die – zumindest vorläufige – Rede vom politischen Potenzial von Studierenden rechtfertigt. Der politische Student war stets und immer wieder ein virulentes Thema, wenn auch mit wechselnden Bedeutungsfacetten und unter verschiedenen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen. Lässt sich beispielsweise eine studentische Prädisposition für die Teilnahme an Protesten nachweisen, die ganz profan auf die aus Lebenssituation und Studienfreiheit zu schöpfenden Ressourcen an Zeit, sozialer Ungebundenheit und einem weniger durch Konzessionen des Erwerbslebens gehemmten Wunsch nach (Um-)Gestaltung der Gesellschaft zurückzuführen ist – oder war studentischer politischer Aktivismus hauptsächlich ein Zufallsprodukt, etwa in Phasen gesamtgesellschaftlicher Politisierung? Insbesondere nötigt die historisch wandelbare Gestalt studentischer Protestereignisse zu einem möglichst weiten und integrativen Verständnis, soll nicht vorab eine normative Distinktion zwischen „echtem“, weil prodemokratischem oder produktivem, und „unechtem“, da unorganisiertem oder inzivilem, politischem Potenzial eingezogen werden.

In einer ersten Annäherung soll daher das *politische Potenzial von Studierenden bestimmt werden als vermutete gruppenspezifische Prädisposition zu aktivem politischem Verhalten mit Schwerpunkt auf außerparlamentarischem Engagement wie Protesten, Demonstrationen und Kundgebungen bis hin zu ausdauernden, von organisierten Netzwerken getragenen Studentenbewegungen, die die jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt in Frage stellen*. Für

74 Vgl. Schenke, Julian/Schmitz, Christopher/Marg, Stine/Trittel, Katharina: PEGIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018, S. 209–214 und S. 306–317. Es ist anzumerken, dass in den dort ausgewerteten Gruppendiskussionen nicht immer geklärt werden konnte, was genau eine Demokratie für die Gesprächspartner ausmacht.

die Gestalt eines solchen Potenzials scheinen drei netzwerkartig zusammenwirkende<sup>75</sup> Faktorengruppen ausschlaggebend zu sein:

### 1) Politische Energiequellen:

- 1a) Das durch eine Eintrübung von Berufsaussichten und statusbezogenem Selbstverständnis auslösbare Frustrationspotenzial;
- 1b) ein allgemein ausgeprägtes politisches Interesse;
- 1c) die Wahrnehmung gesellschaftlicher Missstände (sozial, kulturell, o. Ä.) bzw. einer aus dem Gleichgewicht geratenen Gesellschaftsordnung; ggf. auch eine spezifische, kritische Sichtweise auf die Funktionsweise der Demokratie bzw. ein verletztes Idealbild von (demokratischer) gesellschaftlicher Ordnung;

### 2) Politische Formativkräfte:

- 2a) Die inhaltliche Stoßrichtung bzw. die Zielvorstellungen der studentischen Gesellschaftskritik, auch die Struktur intellektueller und politischer Konfliktlinien;
- 2b) die praktische Betätigungsfähigkeit und -bereitschaft;
- 2c) der politische bzw. zivilgesellschaftliche kollektive Organisationsgrad der Studierenden.

### 3) Exogene Ermöglichungsbedingungen und historische Situation:

- 3a) Langfristige soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Umbrüche und das mit ihnen zusammenhängende Aufstauen von gesellschaftlichem Konfliktpotenzial, etwa zwischen modernisierungs- und fortschrittsbefürwortenden Kräften und konservativen bzw. traditionalistischen Gegentendenzen;
- 3b) auslösende Ereignisse und kurzfristige Gelegenheitsfenster.

## 1.4 Bestimmung des Beitrags zur bisherigen Forschung

Inwiefern ist der so bestimmte Gegenstand – das politische Potenzial von Studierenden in Geschichte und Gegenwart – bereits erforscht worden, und worin besteht der Beitrag der vorliegenden Studie? Das hier verfolgte Vorhaben knüpft an historische Darstellun-

75 Zum besseren Verständnis erscheinen zwei Anmerkungen hilfreich. Erstens: Diese Faktorengruppen stellen selbstverständlich keinen Katalog gleichwertiger notwendiger Bedingungen dar. Grundsätzlich kann bereits das Auftreten einzelner Phänomene zur Entstehung studentischen Protests führen, so etwa die Faktoren 1a) und 1b). Zweitens: Dem sozialpsychologischen Blick wird das Fehlen (kollektiv-)psychologischer Kategorien und individuell prägender sozialisatorischer Faktoren auffallen. Dadurch soll ebendiesen Faktoren keineswegs die bisweilen konstitutive Bedeutung für die Genese von politischen Bewegungen abgesprochen werden. Vielmehr sieht sich die hier verfolgte politologische Fragestellung mit einer sozialpsychologisch versierten Ursachenforschung überfordert und behandelt daher Affekte, kognitive Dissonanzen ebenso wie die Projektivität gesellschaftlich verbreiteter Wahrnehmungsformen, insbesondere des Ressentiments, stillschweigend als potenzielle Einflussgrößen aller Faktorengruppen.



gen, an politisch-soziologische Monographien und Studien sowie an die einschlägige Surveyforschung an.

Wer sich mit dem Wandel des Verhältnisses von Studierenden und Politik beschäftigt, stößt zunächst auf historiographische Arbeiten aus dem Umfeld der korporationsnahen Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte e. V., die im bis 2013 bestehenden SH-Verlag publiziert wurden. Diese Arbeiten behandeln Studentengeschichte primär unter dem Aspekt von Korporations- und Universitätsgeschichte; auffällig sind hier die starke konservative Prägung der Darstellungen<sup>76</sup> sowie die in vielfach feierlich gestimmten Vorworten und Einleitungen hervorgehobene, aber auch durch die Publikation von burschenschaftlichen Stammbüchern geübte Pflege burschenschaftlicher Traditionen.<sup>77</sup> Ähnliches gilt für die beim Winter-Verlag erschienenen *Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert*, zu deren Herausgebern einige Autoren aus dem Umkreis des SH-Verlags zählen.<sup>78</sup> Nicht alle der in diesem Umfeld publizierten wissenschaftlichen Arbeiten sind für die vorliegende Studie von Relevanz, jedoch verhelfen viele Abhandlungen und Aufsätze zum Verständnis des politischen Verhaltens von Studenten im 19. und frühen 20. Jahrhundert.<sup>79</sup> In den 1980er Jahren, auch motiviert durch den Eindruck der protestreichen 1960er und 1970er Jahre, bekam diese Form der Studentengeschichtsschreibung Konkurrenz: Historiker aus dem Umfeld der so genannten „Bielefelder Schule“, genauer: des Bielefelder Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte und hier insbesondere der „Sonderforschungsbereich zur Geschichte des Bürgertums“,<sup>80</sup> monierten die durch die

76 Als ein Beispiel unter vielen mag ein „1968“-kritischer Sammelband dienen, der im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegeben wurde, vgl. Strobel, Karl/Schmirber, Gisela: *Drei Jahrzehnte Umbruch der deutschen Universitäten. Die Folgen von Revolte und Reform 1968-1974*, Vierow bei Greifswald 1996.

77 Vgl. exemplarisch Kaupp, Peter (Hg.): *Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft. Die Mitglieder in der Urburschenschaft 1815-1819. Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen*, Bd. 14, Köln 2005.

78 So beispielsweise jüngst die hier veröffentlichte Festschrift zum 200. Jahrestag der Gründung der Jenaer Urburschenschaft, die ihrerseits ein Stammbuch enthält, sowie das darin befindliche Vorwort, vgl. Lönnecker, Harald: Vorwort, in: Ders. (Hg.): *Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob! Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena, Heidelberg 2015*, S. VII–XIV.

79 So Bruch, Rüdiger vom: *Abschied vom Humboldt? Die deutsche Universität vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Strobel, Karl (Hg.): *Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen. Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Nr. 5*, Greifswald 1994, S. 17–29; Kleifeld, Helge: *Wende zum Geist? Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der überkonfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945-1961*, Köln 2002; Dowe, Christopher: *Auch Bildungsbürger: katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 171, Göttingen 2006; Heinemann, Angela Luise: *Studenten im Aufbruch – Die Entstehung der Jenaer Urburschenschaft und das Wartburgfest als mediale Inszenierung*, in: Lönnecker, Harald (Hg.): *Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob! Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena, Heidelberg 2015*, S. 1–78.

80 Lundgreen, Peter: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997)*, Göttingen 2000, S. 11 und Schulz, Andreas: *Lebenswelt und*

politische Selbstdiskreditierung der Burschenschaften hervorgerufene wissenschaftliche Vernachlässigung der deutschen Studentenschaft als prägender Sozialformation der Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und die damit zusammenhängende Verengung auf die korporationsgeschichtlichen Arbeiten. Die diesbezügliche Forschungslandschaft, so Wolfgang Hardtwig in einem programmatischen Passus, sei gekennzeichnet durch die „notorische disziplinäre Isolation der sogenannten Studentenhistorie“, die sich „fast durchweg“ auf „kulturgeschichtliche[] Schilderungen älteren Stils“ oder auf „reine[], an Traditionsstiftung und Traditionspflege interessierte[] Korporationsgeschichten“ kapriziere.<sup>81</sup> Autoren wie Hardtwig oder auch Jarausch bemühten sich daher um eine „Öffnung der Studentenhistorie für neue und allgemeinhistorisch relevante Fragestellungen“<sup>82</sup> bzw. um eine die korpszentrierte Historiographie überflügelnde „neue Art der Studentengeschichte“.<sup>83</sup> Die „Erfahrung der studentischen Unruhe seit den 60er Jahren“, so in diesem Arbeitszusammenhang konstatiert, werfe „Fragen nach dem Zusammenhang von Berufs- bzw. Ausbildungssituationen, Wandel der studentischen Lebensformen und Politisierung“<sup>84</sup> auf; der „ziemlich zwiespältige[] Ruf“ der Studenten zwischen „goldener“ Studienzeit und studentischem Radikalismus<sup>85</sup> verlange nach sozialhistorisch informierter Aufklärung. Eine der beeindruckendsten Kollektivleistungen des Arbeitskreises stellen die vier Sammelbände zum Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert dar, die es erlauben, das Verhältnis von deutscher Akademikerschaft und Politik bzw. Demokratie im sozialgeschichtlichen Kontext nachzuvollziehen.<sup>86</sup> Dass Studenten sich zwischen 1800 und 1918 sozioökonomisch, sub-

---

Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 75, Berlin 2014, S. 55f.

81 Hardtwig, Wolfgang: Studentische Mentalität – politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der Deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift Bd. 242, 1986, S. 581–628, hier S. 582.

82 Ibid.

83 Jarausch: Deutsche Studenten, S. 11.

84 Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 583.

85 Jarausch: Deutsche Studenten, S. 9.

86 Die genannten vier Bände verfolgen einerseits zwei Kernfragen, nämlich ob es a) das Bildungsbürgertum als abgrenzbare spezifisch deutsche Sozialformation bzw. als „soziale Einheit“ überhaupt gegeben habe und ob b) von einem antiliberalen „Sonderweg“ der deutschen Intelligenz die Rede sein könne, der Anteil am Heraufziehen des NS-Unheils gehabt haben könnte, vgl. Conze, Werner/Kocka, Jürgen: Einleitung, in: Conze, Werner/Kocka, Jürgen (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil I: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985, S. 9–26. Andererseits untersuchen die vier Bände je für sich „jene Vorgänge, die Bildung aus Ausbildung institutionalisiert hatten“ (Bd. I), ferner die „Erfahrungsfelder [...] deren Inhalte als Bildungswissen oder als Bildungsgüter begriffen worden sind“ (Bd. II), sie thematisieren „interne Vergesellschaftungsformen [...] kraft derer sich das Bürgertum – in der Ehe, in der Familie, in der Geselligkeit und in den Vereinen – einer spezifischen Identität versicherte, die ohne einen minimalen gemeinsamen Bezug auf Bildung nicht zu verstehen ist“ (Bd. III), und untersuchen schließlich „die politischen Aufgaben und die sozialen Funktionen jenes Bürgertums, das sich implizit und explizit auf seine Bildung berufen konnte – im Gegensatz etwa zum Wirtschaftsbürgertum oder zum sogenannten Kleinbürgertum, die beide teilhaben mochten am Bildungswissen und an den Bildungsgütern, sich aber nicht über ihr Bildungswissen selbst definierten.“ (Bd. IV) Koselleck, Reinhart: Einleitung – Zur anthropologischen und semantischen Struktur der Bildung, in: Ders. (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II: Bildungsgüter und Bildungs-

kulturell, mental und damit eben auch politisch in erster Linie als Angehörige einer gesellschaftlich exponierten Gebildeten-schicht, als Jungbildungsbürger, erfahren und begriffen haben, ist eine diesen historischen Darstellungen zu entnehmende Einsicht; ein nicht weniger entscheidender Hinweis besteht im von Jarausch postulierten und luzide dargestellten Zusammenhang von Bildungswachstumsdynamik, sozialen und gesellschaftspolitischen Entwicklungstrends sowie studentischer Subkultur als entscheidende historische Determinanten studentischen politischen Engagements bis in die 1980er Jahre hinein.<sup>87</sup> Unterstützendes Überblickswissen liefern hier auch die populärwissenschaftlichen Gesamtdarstellungen von Werner Klose (eher gut gelaunt und optimistisch) und Uwe Schlicht (eher bedenklich und problematisierend).<sup>88</sup> Aber: Obwohl manche „Bielefelder“ die Absicht proklamieren, aus dem Impuls tagespolitischer Aktualität heraus „Korporationschronik“ und „Universitäts-geschichte“ hinter sich zu lassen, um „Fragestellungen der Bildungssoziologie, Jugendpsychologie und Politikwissenschaft“ anzugehen, und „ein komplexeres Problembewußtsein“ zu schaffen, „das aus der Fülle der Überlieferung die entscheidenden Wirkungsstränge auswählt“,<sup>89</sup> arbeiten auch ihre Darstellungen weiterhin aus einer streng geschichtswissenschaftlichen *post festum*-Perspektive. Die Analyse aktueller politischer Mentalitätstrends von Studierenden, welche Aufschluss über das politische Potenzial von Studierenden in den nächsten Jahren geben könnte, ist nicht Thema der Historiker; in der Gegenwart angekommen, brechen ihre Darstellungen ab.<sup>90</sup>

Dieser Aufgabe hat sich eine Reihe engagierter Monographien an der Schnittstelle von Soziologie und Politikwissenschaft angenommen, welche mithilfe von aspektzentrierten historischen Rückblicken, empirischen Erhebungen und Sekundärauswertungen nach Gestalt und Entwicklungstrends des politischen Potenzials von Studierenden in der jeweiligen Gegenwart fragten. So ging der Soziologe Helmut Schelsky in einer berühmt gewordenen Studie der Frage nach, welcher Erfahrungskontext das Empfinden und Denken der nichtstudentischen wie studentischen Jugend der 1950er Jahre auszeichne.<sup>91</sup> Seine Sekundärauswertung kam zu dem Schluss, dass die aus Zeiten der Jugendbewegung bekannte traditionelle „soziale Eigenwelt“ Jugend, ja auch die traditionelle Homogenität und Subkultur studentischer Gesellungsformen aus den Reihen nunmehr „skeptischer“, „entpolitisiert“, „entideologisiert“ und „privatistisch“ eingestellter junger Menschen verschwunden sei.<sup>92</sup> Habermas et al. ergründeten ungefähr im

---

wissen, Stuttgart 1990, S. 11–46, hier S. 12f. Zur Relativierung der Sonderwegs-These, insbesondere der durch sie implizierten „Schwäche“ des deutschen Bürgertums, infolge jüngerer komparativer Betrachtungen vgl. Budde, Gunilla: *Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert* [2009], Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2012, S. 126–128 sowie Schulz: *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums*, S. 58.

87 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 9–12.

88 Vgl. Schlicht: *Vom Burschenschafter bis zum Sponti*; Klose: *Freiheit schreibt auf eure Fahnen*.

89 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 11.

90 So bleibt auch Jarauschs Schlusswort, dass die „kritische Selbstreflexion“ der historischen Verhältnisse die „Chance“ biete, „daß sich ein verantwortungsbewußtes, freiheitliches Studententum in der Zukunft durchsetzt“, notwendig unbefriedigend. *Ibid.*, S. 250.

91 Vgl. Schelsky, Helmut: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend* [1957], Berlin 1984.

92 *Ibid.*, 74, 80, 84, 85, und 93f.

selben Zeitraum (veröffentlicht 1961) auf der Grundlage einer methodisch anspruchsvollen empirischen Studie das politische Potenzial von Frankfurter Studierenden, genauer: die Wahrscheinlichkeit, dass deutsche Studierende sich im Krisenfall einer gefährdeten gesellschaftlich-staatlichen Ordnung nach dem Bild Weimars als Phalanx überzeugter Demokraten erweisen würden, und kamen zu unschlüssigen, eher zweifelnden Ergebnissen.<sup>93</sup> Hierauf folgten einige Jahre eher knapper Surveystudien und Meinungsumfragen, begleitet von der sozialwissenschaftlichen Ergründung der Ursachen des (weltweiten) studentischen Protests der 1960er und 1970er Jahre im Rahmen von Aufsätzen, Symposien und Sammelbänden;<sup>94</sup> Gerda Bartol erprobte 1978 noch einmal das früh beliebte sozialpsychologische Modell kognitiver Dissonanz für die Erklärung studentischer Politisierung im Rahmen von Vormärz und „1968“.<sup>95</sup> Jedoch sind diese Perspektiven stark um exponierte Ereignisse wie Studentenbewegungen zentriert, nur marginal wird nach dem politischen Empfinden, Denken und Handeln der studentischen Mehrheit gefragt. Erst 1980 legte ein Forscherteam um Christian Krause einen perspektivreichen Band zur Entwicklung von politischen Einstellungen und politischem Potenzial der deutschen Studierenden insgesamt vor.<sup>96</sup> Hierin verband man einen Rückblick auf die jüngst zurückliegende studentische Politisierung und verschiedenen konzeptuellen Überlegungen zur damals aktuellen Alternativbewegung mit einer standardisierten Umfrage an mehreren Universitäten. Dabei fiel ein erneuter Rückzug der studentischen Jugend aus der öffentlichen Sphäre sowie ein starker resignativer Zug auf – Stimmungen, die sich aus eingetrübten Berufschancen nach Jahren des Bildungswachstums und daraus resultierenden Überflüssigkeitsempfindungen („No future“) ergaben, und die durch die damals weit verbreitete (Teil-)Adaption alternativbewegter Einflüsse eine spezifische Sprache finden konnten.<sup>97</sup> Überhaupt wurde in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren mehrfach ein enger Zusammenhang von skeptischen Zukunftsaussichten und fundamentaloppositioneller Sozialkritik nachgewiesen.<sup>98</sup> Inwiefern die bisweilen eskapistischen Deutungsmuster von „menschlicher“ Unmittelbarkeit und Innerlichkeit versus marktgemeinschaftlicher Leistungsorientierung und „Entfremdung“

93 Habermas et al.: Student und Politik, S. 148f. und 228.

94 Vgl. exemplarisch Kaase, Max: Die politische Mobilisierung von Studenten in der BRD, in: Allerbeck, Klaus R./Rosenmayr, Leopold (Hg.): Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S. 155-177; Beck, Ulrich/Gernsheim, Elisabeth: Zu einer Theorie der Studentenunruhen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1971, S. 439-477; Allerbeck, Klaus R.: Eine strukturelle Erklärung von Studentenbewegungen in entwickelten Industriegesellschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1971, 478-93; Galtung: Eine strukturelle Theorie der Revolution.

95 Vgl. Bartol, Gerda: Ideologie und studentischer Protest: Untersuchungen zur Entstehung deutscher Studentenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 1978.

96 Vgl. Krause, Christian/Lehnert, Detlef/Scherer, Klaus-Jürgen: Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten, Bonn 1980.

97 Vgl. *ibid.*, S. 194, 198 und 202f.

98 Vgl. Does, Karl-Josef: Studenten 1975 – Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studium, Beruf, Politik und Hochschule. Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1976, S. 20; Sandberger: Zwischen Legitimation und Kritik, S. 200; 1. Studiendendensurvey 1982/83, S. 193, 203 und 209.

Schablonen zur Bewältigung der bisweilen ziellosen Frustration boten, wird überdies in einer stärker essayistisch auftretenden, 1982 veröffentlichten Interviewstudie von Peter Glotz und Wolfgang Malanowski anschaulich präsentiert.<sup>99</sup> Ein gutes Jahrzehnt später, 1996, untersuchten Alex Demirović und Gerd Paul unter dem Eindruck rechtsradikaler Gewalt und neurechter Meinungstrends nach der Wiedervereinigung die Verführbarkeit von Studierenden für „rechte“ Politikvorstellungen sowie die Resistenzkraft tradiierter „linker“ Selbstverortung.<sup>100</sup> Am Material einer standardisierten Befragung und mehrerer Gruppendiskussionen wurde hier eine deutliche semantische Entleerung des Richtungsschemas „rechts/links“ unter Studierenden bei kontinuierlich mehrheitlichem linken Selbstverständnis beobachtet; Geländegewinne durch populistische Agitation von rechts erschienen den Autoren daher durchaus erwartbar.<sup>101</sup> Insbesondere die genannten Studien von Schelsky, Habermas et al. und Krause et al. zeichnen sich dabei durch ein unnachgiebiges Interesse, konzeptuelle Phantasie, die Integration verschiedener Informationsquellen sowie durch ein informiertes Urteilsvermögen aus. Ihr Vorgehen folgt kaum vorgezeichneten Bahnen, es ist „innovativ“. Dass die verschiedenen Autoren konkreten tagesaktuellen Fragestellungen nachgehen und beherrscht interpretieren, schärft dabei das Bild und verhilft schließlich auch dem unkundigen Leser zu einem Verständnis der je aktuellen Mentalitätstrends. Zwar hat nur die Studie von Habermas et al. einen Weg gefunden, tiefersitzende potenziell handlungsleitende Motivlagen *hinter* den verbalen Bekenntnissen zu demokratischen Prinzipien aufzudecken, das aber tut dem keinen Abbruch. An solchen integrativen, konzeptuell anspruchsvollen Studien mangelt es ganz generell spätestens seit der Jahrtausendwende.

Konzeptuell schlanke, standardisierte Erhebungen hingegen liegen in großer Fülle vor. Sie skizzieren, anfänglich im Zuge virulenter tagespolitischer Fragen, ab 1982/83 institutionalisiert durch die Haupt- und Spezialberichte des *Studierendensurveys*, moralische und politische Stimmungsbilder der studentischen Jugend. Häufig wird die Stimmungslage des als künftige Funktionseliten potenziell einflussreichen Jungakademikertums dabei (ob explizit oder nicht) als Indikator zukünftiger Entwicklungen von Gesellschaft und Demokratie verhandelt, nicht zuletzt erkennbar daran, dass sich spezifische Hoffnungen auf eine wachsame und verantwortungsbewusste, reformorientierte jugendliche Intelligenz<sup>102</sup> oder diffuse Sorgen über eine institutionenfeindliche, politisch-apathische oder gar frustrierte Schicht künftiger Hochschulabsolventen an die empirischen Beobachtungen knüpfen. Seit den 1970er Jahren verwenden viele dieser Studien die von Max Kaase entwickelte „Demokratie-Skala“, welche den Anspruch

99 Vgl. Glotz, Peter/Malanowski, Wolfgang: Student heute. Angepaßt? Ausgestiegen?, Reinbek bei Hamburg 1982, hier etwa S. 133-163, 162-165, 176, und 185.

100 Vgl. Demirović, Alex/Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts: Student und Politik in den neunziger Jahren. Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M. 1996.

101 Vgl. *ibid.*, S. 243-245.

102 Vgl. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten; Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Der deutsche Student. Eine Umfrage im Auftrag des Spiegel, Allensbach 1967, ausgewertet in o. V.: Was denken die Studenten? SPIEGEL-Umfrage an deutschen Hochschulen, in: Der Spiegel, H. 26/1967, S. 28-39.

erhebt, die Unterstützung der demokratischen Prinzipien durch verschiedene Bevölkerungsgruppen zu messen und vergleichbar zu machen.<sup>103</sup> Wiederholt wurde die Breitenwirkung des vermuteten studentischen „Radikalismus“ einschlägiger Protestgruppen untersucht, wobei sämtliche Studien eine besondere studentische Reformstimmung auf der Grundlage robuster demokratischer Überzeugungen sowie eine starke sozialmoralische Spaltung entlang des Richtungsschemas „links“ (mehrheitliche Selbstzuschreibung) versus „rechts“ beobachteten.<sup>104</sup> In die Spätphase der Alternativbewegung fällt die Pilotstudie des *Studierendensurveys* „Studiensituation und studentische Orientierungen“, der seither im Zweijahres- oder Dreijahresrhythmus durchgeführt und publiziert wird und stets Itemblöcke zu politischen und demokratischen Einstellungsmustern enthält. Die seither erschienenen 13 Surveys verstehen sich als „Instrument“ nüchterner wissenschaftlicher Politikberatung,<sup>105</sup> darüberhinausgehende Gesamteinschätzungen der Ergebnisse finden sich 1994, 1998, 2009 und 2011 in Einzelbeiträgen Tino Bargels und Hans Simeaners, zweier Mitarbeiter des Surveys. Diese zeichnen wiederholt und in dramatischer Verfestigung das Bild einer weitgehend „ratlosen“, d. h. sicherheitsfixierten, orientierungsarmen, positionierungsmüden und politisch-apathischen Studierendenschaft, ohne aber die grundsätzliche Wahrscheinlichkeit studentischen Protests zu leugnen.<sup>106</sup> Die Frage nach etwaigen künftigen politischen Kräfte-reservoirs unter deutschen Studierenden bleibt, abgesehen von vorsichtigen Mutmaßungen auf der Grundlage quantitativer Erhebungen, offen: Wann wird Protest wahrscheinlich, welche Gestalt kann er annehmen, welche handlungsleitenden, die einzelnen Antworten strukturierenden, Orientierungen pflegen Studierende? Welches tatsächliche Handlungspotenzial ist im Falle gesellschaftlicher Strukturkrisen, gar einer gefährdeten demokratischen Ordnung, zu erwarten? All das bleibt unklar, obwohl die *Studierendensurveys* durchaus erklärungsbedürftige, da bisweilen volatil und erratisch erscheinende, Einstellungstrends protokollieren.

Hier setzt die vorliegende Studie ein, indem sie Schlaglichter auf den historischen Hintergrund handlungsleitender politischer Mentalitäten von Studierenden wirft und

103 Vgl. Wildenmann, Rudolf/Kaase, Max: „Die unruhige Generation“. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Mannheim 1968, S. 6; Kaase, Max: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wildenmann, Rudolf (Hg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, München/Wien 1971, S. 119-326.

104 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Der deutsche Student; o. V.: Was denken die Studenten?; Kaase, Max: Die politische Mobilisierung von Studenten in der BRD, in: Allerbeck, Klaus R./Rosenmayr, Leopold (Hg.): Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S. 155-177; Does: Studenten 1975; in gewissem Sinne auch noch Infratest Wirtschaftsforschung (Hg.): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozial empirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980.

105 Vgl. Multrus, Frank: Der Studierendensurvey. Konzept, Aufbau und theoretische Grundlagen. Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, H. 87/2016, S. 50; 1. Studierendensurvey 1982/83, S. III; 8. Studierendensurvey 2000/01, S. 3f.; 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 5.

106 Vgl. Bargel: Zum politischen Potenzial der Studierenden; Bargel, Tino: Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender?; Bargel: die ratlose Generation; Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden.



diese mit einer eigenständigen qualitativ-empirischen Erforschung heutiger Orientierungen dieser sozialen Gruppe verbindet. Wie die noch folgende detaillierte Diskussion der hier erwähnten empirischen Studien zeigen wird,<sup>107</sup> bildeten Jugendliche und junge Erwachsene im Allgemeinen und Studierende im Besonderen in der Bundesrepublik zwar stets einen kontinuierlich beforschten Teil der Bevölkerung. Abseits des *monitorings* durch standardisierte Surveys, die engmaschig und zuverlässig über den Wandel von Zustimmungswerten zu Itemkatalogen über mehrere Jahrzehnte hinweg informieren, existieren bemerkenswert wenige konzeptuell anspruchsvolle und qualitativ-explorative Studien,<sup>108</sup> die Aufschluss über Struktur und Wandel des politischen Potenzials von Studierenden auf der Ebene tieferliegender, d. h. sinnrekonstruktiv erschlossener, Mentalitätstrends bieten. Pointiert: *Das auffällige Defizit der bisherigen Forschungsbemühungen, insbesondere der in diesem Feld hegemonialen Einstellungsforschung, liegt darin, vor der Fassade verbaler Äußerungen und standardisierter Zustimmungswerte zu verharren*, ohne etwa die konzeptuellen und methodischen Einsichten der als „Klassiker“<sup>109</sup> geltenden Studie von Habermas et al. zur Kenntnis zu nehmen. *Dieses Defizit zu beheben, ist der Anspruch des hier geleisteten wissenschaftlichen Beitrags.* Das Vorhaben verspricht Erfolg als Rekonstruktion politisch-sozialer Deutungsmuster vor dem Hintergrund der historischen Traditionslinien des Verhältnisses von Studierenden und (außerparlamentarischem) politischem Aktivismus.

## I.5 Methodologischer und methodischer Zuschnitt

Der methodologische Ausgangspunkt für die im III. Kapitel ausgewertete Fokusgruppenstudie ist das Paradigma qualitativ-interpretativer Sozialforschung. Es wird beabsichtigt, soziale (manifeste wie latente) Sinnstrukturen mithilfe nichtstandardisierter Erhebungs- und Interpretationsverfahren aufzudecken und deutend zu verstehen.<sup>110</sup> Nicht die Errechnung von Korrelationen und Kausalzusammenhängen mithilfe statistisch repräsentativer Daten und formalisierter Verfahren ist also das Ziel, sondern die Offenlegung sozial gültiger, in Interaktion ausgehandelter, Orientierung stiftender und Handlungsräume eröffnender Sinnstrukturen. Qualitative Sozialforschung in diesem Sinne arbeitet nicht hypothesenprüfend, sondern rekonstruktiv.<sup>111</sup> Nicht die Fallzahl entscheidet über die wissenschaftliche Validität, sondern die Reduktion forschersicher

107 Vgl. Kapitel II.3 dieser Studie.

108 Natürlich reflektieren viele der in Studentenbewegungen involvierten Zeitgenossen ihre biographisch geprägten Erfahrungen, und nicht wenige von ihnen leiten daraus Überlegungen zum Mentalitätswandel „der“ (akademischen) Jugend ab. Allerdings entfalten diese Autoren ihre Beobachtungen und Argumentationen häufig in essayistischer Form, weshalb sie (obwohl sie wertvolles Material zum Verständnis der jeweiligen Bewegungen liefern mögen) hier nicht zur Forschungslandschaft im engeren Sinne gezählt werden.

109 Kiel, Sabine: Studierende und Politik. Eine kritische Analyse zur politischen Sozialisation. Forum Wissenschaft Studien, Bd. 32, Marburg 1996, S. 53.

110 Vgl. Kleemann, Frank/Krähnke, Uwe/Matuschek, Ingo: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens, Wiesbaden 2013, S. 119-123.

111 Bohnsack, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, Opladen 2003, S. 13-24.



„Eingriffe“ in den Analyse- und Interpretationsprozess zugunsten rezeptiver Offenheit: Es geht darum, den Befragten selbst die Möglichkeit zu geben, Fragestellungen zu interpretieren, Themen „in ihrer eigenen Sprache“ und entlang ihrer persönlichen „Relevanzsysteme“ zu „entfalten“. <sup>112</sup> Der Vorzug einer solchen qualitativ arbeitenden Suchbewegung liegt auf der Hand: Quantitativ-standardisierte Befragungen neigen aufgrund der Starrheit ihrer Frage-Items dazu, das Antwortverhalten von Interviewten zu präformieren, ja im schlimmsten Falle Antwortmöglichkeiten zu insinuieren, an die sie selbst nicht unprovokiert gedacht hätten.

Jenseits dieser gemeinsamen Prinzipien wird über die Gültigkeit und Hierarchie der spezifischen „Gütekriterien“ <sup>113</sup> qualitativer Sozialforschung insbesondere bei der Auswertung qualitativen Datenmaterials rege diskutiert, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der „*Grounded Theory*“ nach Barney Glaser und Anselm Strauss, der „Narrationsanalyse“ nach Fritz Schütze, der „Objektiven Hermeneutik“ nach Ulrich Oevermann, schließlich der „Dokumentarischen Methode“ nach Ralf Bohnsack mit ihren je spezifischen Vorstellungen gelingender und valider qualitativer Sozialforschung <sup>114</sup> zeigen. Die vorliegende Studie geht allerdings auf Distanz zu rigide orchestrierten Untersuchungsdesigns und Verfahrensrezepten. Sie geht davon aus, dass qualitative Sozialforschung primär in einem spezifischen wissenschaftlichen *Denkstil* und einer jeweils gegenstandsangemessenen *Arbeitsweise* besteht, die fähig und willens ist, Erkenntnisinteresse, Untersuchungsraaster und tragende Begriffe für „fortgesetzte Justierung“ <sup>115</sup> offenzuhalten. Wissenschaftlichkeit besteht nach seinem Verständnis nicht in der devoten Umsetzung eines methodologischen Programms, sondern in der kontinuierlichen Empathie und selbstkritischen Reflexionsfähigkeit des forschenden Subjekts. Der dadurch implizierte Pragmatismus ist gerade keine wissenschaftliche Ausrede, sondern Reflexion der Einsicht, dass eine zu „elaborierte Methode [...] dem Erkennen und Erklären mitunter auch im Wege stehen kann.“ <sup>116</sup> Sowohl Gegenstand der Untersuchung als auch die leitende Fragestellung gewinnen ihre Konturen erst im Laufe des Forschungsprozesses; beides kann, wo tatsächlich Neues herausgefunden werden soll, unmöglich in vorab festgelegte Beschränkungen gepresst werden. Gegen diese Betonung der forschersischen Subjektivität im Rahmen qualitativer Studien mag zwar eingewendet werden, dass die Aussagekraft *jedweder* wissenschaftlichen Aussage auf das Denk-, Deutungs-, und Urteilsvermögen von Forschern angewiesen ist, und zwar unabhängig davon, welchen Daten und welcher Erhebungs- und Auswertungsmethode sie entspringen sein mag. Das ist sicher wahr: Wissenschaftliche „Objektivität“ besteht nie in der Abwesenheit eines denkend

112 Ibid., S. 20.

113 Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas: Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß, in: Zeitschrift für Soziologie, 47. Jg., H. 2/2018, S. 83-100 und Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, Weinheim 1999, S. 14.

114 Vgl. die instruktiven Kurz-Charakterisierungen in Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, München 2010, S. 184-205, S. 217-221, S. 240-246 und S. 271-277.

115 Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 88.

116 Marg, Stine: Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes, Bielefeld 2014, S. 71.

rezipierenden Subjekts, sondern in der Reflexion auf die subjektiven Konstitutionsbedingungen „objektiver“ Erkenntnis; auch Zahlen sprechen nicht für sich. Qualitatives Interviewmaterial aber ist in besonderem Maße von der interpretativen Arbeit abhängig, weil sich aus dem analysierten Text – anders als bei Zahlen und Datenreihen – weder intersubjektiv gültige Wahrscheinlichkeitswerte errechnen noch sich an ihnen arithmetische Modelle exerzieren lassen. Die gleichzeitige bzw. zirkelartige Verarbeitung sowohl von Konstruktionen ersten Grades (Sinnrekonstruktion des Gegenstands) als auch Konstruktionen zweiten Grades (Reflexion der eigenen Forschungspraxis) versteht Ralf Bohnsack im Anschluss an Anthony Giddens daher als zentralen Standard einer qualitativen Studie.<sup>117</sup> Diese fraglos notwendige „reflexive Beziehung“ zwischen „methodischen Regeln einerseits und Forschungspraxis andererseits“<sup>118</sup> verlangt daher nach gewissen methodologischen Grundprinzipien, die den Nachvollzug der wissenschaftlichen Urteilsbildung ermöglichen. Entscheidend für die vorliegende Studie sind

- die Orientierung an im Rahmen historisch bedingter Situationen und Formen interagierenden Menschen als sozialwissenschaftliche Einzelfälle,<sup>119</sup>
- die immer wieder induktiv und abduktiv arbeitende größtmögliche Offenheit für Irritationen vorläufiger Thesen durch das Interviewmaterial,
- die transparente Dokumentation des Forschungsprozesses inklusive einer Explikation des forschersischen Vorverständnisses<sup>120</sup> sowie
- der Einsatz einer oder mehrerer methodischer Kontrollinstanzen.

Dabei ist unter „Offenheit“ der Verzicht auf statische Analyseraster zu verstehen: Die beschreibende und interpretierende Rekonstruktion soll in einer Weise arbeiten, die „Neufassungen, Ergänzungen und Revisionen sowohl der theoretischen Strukturierungen und Hypothesen als auch der Methoden“ ermöglicht, „wenn der Gegenstand dies erfordert.“<sup>121</sup> Dabei ist besonders das „induktivistische Selbstmissverständnis“ einer vermeintlich völligen naiven Unvoreingenommenheit<sup>122</sup> zu vermeiden: Nicht das leere und begriffslose Staunen schärft Verständnis und Empathie für den Gegenstand, sondern die Sensibilisierung der eigenen Begriffe und Konzepte durch die dokumentierte vorbereitende Einarbeitung in die jeweilige Forschungsthematik. Die wissenschaftlich erforderliche „Objektivität“, d. h. intersubjektive Überprüfbarkeit der hier erarbeiteten qualitativen Forschungsergebnisse wird hergestellt

117 Vgl. Bohnsack, Ralf/Przyborski, Aglaja: Diskursorganisation, Gesprächsanalyse und die Methode der Gruppendiskussion, in: Bohnsack, Ralf/Schäffer, Burkhard/Przyborski, Aglaja (Hg.): Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis. Verlag Barbara Budrich, Leverkusen 2006, S. 233-248, hier S. 9 und 13.

118 Bohnsack: Rekonstruktive Sozialforschung, S. 10 (Herv. i. O.)

119 Verallgemeinernde Schlüsse beziehen sich stets auf konkrete untersuchte Einzelfälle und müssen argumentativ aus diesen entfaltet werden, vgl. Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 14-16.

120 Auswahl aus *ibid.*, S. 13f. und 16f.

121 *Ibid.*, S. 17.

122 Vgl. Kelle, Udo/Kluge, Susann: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Wiesbaden 2010, S. 18-21.

- durch die im Erhebungsprozess infolge möglichst sorgfältiger Gesprächsführung hervorgerufene Entfaltung der „Relevanzsysteme“ durch die Befragten selbst und deren argumentativer Rekonstruktion im Auswertungsprozess,
- durch die zugleich fortwährend geübte explizite Reflexion des eigenen Relevanzsystems, also der Prämissen, Vorannahmen, der Erfahrung des Forschers<sup>123</sup> als Teil des „methodisch kontrollierten Fremdverstehens“<sup>124</sup>,
- durch die Dokumentation der durchgeführten – und bis zu einem gewissen Grad „standardisierten“ – Erhebungs- und Auswertungsschritte, die zur Urteilsbildung geführt haben,<sup>125</sup>
- und durch ein doppeltes strukturelles Korrektiv der Interpretationsarbeit, zweier als „Gegengewichte“ fungierenden Informationsquellen.

Bei narrativen Interviews besteht dieses strukturelle Korrektiv häufig in der Fixierung objektiver biographischer Daten, darüber hinaus – wie in vielen anderen Untersuchungsdesigns – in der regelmäßigen Diskussion von Arbeitshypothesen in einem Forscherteam. Im Falle der vorliegenden Studie, durchgeführt im Rahmen einer akademischen Qualifikationsarbeit, existierte ein solches Forscherteam nicht; die Sammlung biographischer Daten wäre im Falle der hier durchgeführten Gruppendiskussionen einerseits kaum praktisch zu bewältigen, andererseits aber auch analytisch nicht zielführend, wo es um kollektiv geteilte politisch-soziale Orientierungen geht. Stattdessen liegt das „Gegengewicht“ hier einerseits in der Dokumentation der soziodemographischen Daten der Diskussionsteilnehmer, die eine ungefähre Beurteilung des erzielten Realitätsausschnittes (Wo ist ein *bias* zuzugeben, wer ist unterrepräsentiert, etc.) ermöglichen, sowie andererseits in der durch das folgende Kapitel (II) entfalteten Darstellung historischer Längsschnittentwicklungen und der einschlägigen empirischen Forschungslandschaft. So wird der interpretierenden Auswertung zum einen eine kritische Perspektive auf die eigene Reichweite, zum anderen die begründete Unterscheidung des Neuen vom Bekannten ermöglicht.

Da es hier nicht nur um die oberflächliche Beschreibung von politischen Einstellungen, Vorstellungen, Denkinhalten oder Diskursen von Studierenden geht, sondern die wissenschaftliche Suche stärker auf grundlegende Orientierungsstrukturen und deren mögliche politische Praxisrelevanz zielt, liegt die *Deutungsmusteranalyse* als adäquate qualitative Auswertungsmethode nahe: Sie bietet den – vielfach angeführten – Vorzug, über die bloße Deskriptionsebene hinaus an soziale und mentale „gesellschaftliche[] Tiefenstrukturen“ zu gelangen,<sup>126</sup> die das politische Denken und Empfinden mit- samt den daraus resultierenden Handlungsoptionen strukturieren. Deutungsmuster

123 Vgl. Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 30.

124 „Der Prozess des Fremdverstehens ist insofern methodisch kontrolliert, als der Differenz zwischen den Interpretationsrahmen der Forscher und denjenigen der Erforschten systematisch Rechnung getragen wird.“ Przyborski/Wohlrab-Sahr: Qualitative Sozialforschung, S. 31.

125 Ibid., S. 42.

126 Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole: Deutungsmuster als Forschungsinstrument. Grundlegende Perspektiven, in: Dies. (Hg.): Der Deutungsmusteransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim Basel 2019, 12–38, hier S. 16 und – dort ebenfalls zitiert – Kelle/Kluge: Vom Einzelfall zum Typus, S. 17.

verhelfen den sozial eingebetteten Individuen damit, „objektive Probleme des Handelns“ subjektiv zu bewältigen.<sup>127</sup> Sie sind zu verstehen als „sozial geteilte Routinen der Deutung“, die der Orientierung im sozialen und gesellschaftlichen Feld dienen – und zwar so, dass nicht nur „Orientierung und Identität gestiftet“, sondern „schlussendlich Handlung[en]“ ermöglicht und angeleitet werden.<sup>128</sup> Als Beispiel für eine solche Deutungsroutine wird oft der Glaube an die Wirksamkeit des meritokratischen Funktionsprinzips für die gesellschaftliche Allokation von Gütern und Statuszuweisungen angeführt, also die Überzeugung, soziale Ungleichheit entstehe durch unterschiedliche Leistungsbereitschaften.<sup>129</sup> Tatsächlich wird an diesem plastischen Beispiel deutlich, dass Deutungsmuster – zumindest die von Patrick Sachweh identifizierten „sozialen Deutungsmuster“ – nie rein situativ und individuell gebildet werden, sondern stets „auch auf sozial verfügbare Interpretations- und Deutungsangebote angewiesen“ sind.<sup>130</sup> Die hier visierten politisch-sozialen Deutungsmuster müssen, auch wo sie nicht primär auf die Legitimation von Ungleichheit zielen, daher als intersubjektiv verhandelte und somit auch gesellschaftlich bedeutsame Sinnstrukturen verstanden werden. Aber: Um den Anspruch der solcherart schnell formulierten Absichtserklärungen auch tatsächlich einzulösen, ist der Deutungsmusterbegriff zumindest für das jeweilige Forschungsinteresse präzise zu bestimmen. Dies wird gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren abermals entfachten beachtlichen sozialwissenschaftlichen Konjunktur des Deutungsmusters bzw. der Deutungsmusteranalyse zu einem Desiderat ersten Ranges. Denn bereits in den 1980er Jahren ist eine „inflationäre Verwendung des Deutungsmusterbegriffs bei einer abnehmenden Bedeutungsschärfe“ moniert worden, die sich bis heute erhält.<sup>131</sup> Wie Christian Lüders überdies 1991 überzeugend resümierte, mangelt es der Deutungsmusteranalyse an verbindlichen und verbindenden theoretischen Prämissen. Das Deutungsmuster sei daher vorerst als „*forschungspragmatisch-heuristisches Konzept*“ zu verstehen, nicht als „allgemein gültiges“, gar theoretisch bündig fundiertes Forschungsprogramm. Jede konkrete Studie bedürfe einer „projektspezifischen ‚Einverwandlung‘ der Deutungsmusteranalyse, und das bedeute: einer Rekonstruktion der jeweiligen Einzelfälle und *zugleich* einer ‚theoretische[n] Auffüllung dessen, was im konkreten Projektkontext als Deutungsmuster verstanden wird.“<sup>132</sup> *Für das hier verfolgte Vorhaben soll der Begriff des Deutungsmusters „aufgefüllt“ werden als Element privater*

127 Ibid., S. 21. Vgl. auch Lüders, Christian/Meuser, Michael: Deutungsmusteranalyse, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Wiesbaden 1997, S. 57–80.

128 Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 12.

129 Vgl. Sachweh, Patrick: Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung, Frankfurt a.M./New York 2010, S. 277; Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 13.

130 Ibid., S. 76.

131 Arnold, Rolf: Deutungsmuster. Zu den Begriffselementen sowie den theoretischen und methodologischen Bezügen eines Begriffs, in: Zeitschrift für Pädagogik, H. 29/1983, S. 893–912, hier S. 893.

132 Lüders, Christian: Deutungsmusteranalyse. Annäherungen an ein risikoreiches Konzept, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen 1991, S. 377–408, hier S. 380 (Herv. i. O.)

*Gesellschaftstheorien*<sup>133</sup>, d. h. als gesellschaftshistorisch bedingte Gestalt und Folgeerscheinung der traditionellen Bewusstseinsform (politischer) Ideologie. Anders als traditionelle politische Ideologien – in einiger Verkürzung als umfassende „Deutungssysteme“ zu begreifen – erheben Deutungsmuster zwar nicht mehr allgemein den Anspruch, „die Totalität der Gesellschaft zu erfassen“, <sup>134</sup> wohl aber liefern sie strukturanaloge ideologische Leitlinien zur alltäglichen Identifikation und Interpretation von Funktionsgesetzen der sozialen und politischen Welt. Wie das gemeint ist, soll kurz am auf historischen Wandel reagierenden Ursprungsgedanken der Deutungsmusteranalyse ausgeführt werden.

Der Versuch, den Begriff des Deutungsmusters in die qualitative Sozialforschung einzuführen, geht wesentlich auf lange Zeit apokryphe Entwürfe von Ulrich Oevermann zurück. Dieser verstand das Deutungsmuster 1971 in Anlehnung an M. Rainer Lepsius als „gedachte Ordnung innerhalb der Gesellschaft“<sup>135</sup> bzw. als „nach allgemeinen Konsistenzregeln strukturierte Argumentationszusammenhänge“, die „isolierte Meinungen oder Einstellungen“ sinnhaft verknüpfen und dabei die „Funktion“ (!) haben, eine „Systematik von objektiven Handlungsproblemen“ zu fokussieren, „die deutungsbedürftig sind.“<sup>136</sup> Die Pointe dieser Überlegungen besteht nicht etwa nur darin, dass Deutungsmuster „Komplexität“ reduzieren<sup>137</sup> und Individuen die kognitive Navigation durch die unübersichtliche gesellschaftliche und politische Landschaft ermöglichen, denn das tun auch deutlich volatilere Stimmungen, Meinungen, Einstellungen und Glaubenssätze. Sie besteht auch nicht darin, dass Fragestellungen des „Deutungsmusteransatz[es]“ „an der gesellschaftlichen und kulturellen Bedingtheit dieser Orientierungen interessiert sind“<sup>138</sup>, denn „bedingt‘ von gesellschaftlichen Verhältnissen ist Bewußtsein stets“.<sup>139</sup> Vielmehr besteht sie in der auffälligen Beobachtung, dass das durch Deutungsmuster organisierte „Alltagswissen“ Analogien zur wissenschaftlichen Theoriebildung aufweist, Deutungsmuster also wie Elemente privater Gesellschaftstheorien von Individuen und Gruppen fungieren. Sie geben gesellschaftlichen und politischen

133 Diese Formulierung bietet sich unter Rekurs auf den programmatischen Aufsatz von Ulrich Oevermann an, in welchem er konstatiert, „daß das Alltagswissen nicht eine Sammlung oder ein Agglomerat von Einzelerfahrungen darstellt, sondern ‚analog‘ zu wissenschaftlichen Theorien organisiert ist. *Deutungsmuster organisieren die Alltagserfahrung einer Epoche wie Theorien das wissenschaftliche Datenmaterial, sie sind gewissermaßen die ‚Theorien‘ der Alltagserfahrung.* [...] So wie eine bestimmte theoretische Richtung oder Schule innerhalb der Wissenschaften durch spezifische Grundbegriffe und Konstrukte gekennzeichnet ist, so lassen sich für einzelne Deutungsmuster Schlüsselkonzepte und tragende Ideen identifizieren.“ Oevermann: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, S. 10 (Herv. J. S.) Dabei muss man der Versuchung widerstehen, Deutungsmuster infolge der Analogisierung mit Theoriebildung als umfassende rational-deduktive und auswechselbare „Konstrukte“ im wissenschaftlichen Sinn zu verstehen. Das wäre ein Missverständnis: In Deutungsmustern machen sich Leidenschaften und Interessen ebenso geltend wie zueinander oft genug in Widerspruch stehende Erklärungshypothesen gesellschaftlicher Zustände.

134 Habermas et al.: Student und Politik, S. 152.

135 Oevermann, Ulrich: Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 223-229, hier S. 37.

136 Oevermann, Ulrich: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973), in: Sozialer Sinn, H. H. 1/2001, S. 3-33, hier S. 5.

137 Lüders: Deutungsmusteranalyse, S. 386 unter Bezug auf Arnold: Deutungsmuster.

138 Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 16.

139 Lenk, Kurt: Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Frankfurt a.M./New York 1984, S. 357.

Vorgängen eine epistemologische und zugleich normative Struktur, sie lenken und verarbeiten Wünsche, Hoffnungen, Ängste und Frustrationen zu möglichst kohärenten Erklärungs- und Orientierungsmodellen. Sie bilden, salopp gesprochen, den Reim ab, den sich gesellschaftlich eingebundene Individuen – hier: Studierende – auf Politik, Gesellschaft und Demokratie machen: Welche Ordnungsprinzipien sind gültig? Gestaltet sich Gesellschaft als Gleichgewicht, das bisweilen in Schieflage gerät, oder als konfliktbehaftetes Feld? „Funktioniert“ das soziale und demokratische Leben? Wenn ja, nach welchen Maßstäben und wenn nicht, warum? Falls Probleme identifiziert werden: Wer ist schuld, und wer für die Lösung zuständig? Welche Werthaltungen pflegen die Menschen und an welchen Ansprüchen messen sie die Realität? Wie nehmen sie ihre eigene soziale und politische Rolle wahr? Beispielsweise: Wie – d. h. mithilfe welcher Ordnungsvorstellungen und Normierungen – vermitteln sie den typischen Anspruch, moderner demokratischer „Vollbürger“ einer Gesellschaft (oder gesellschaftlichen Teilgruppe) der Gleichen zu sein, mit der Erfahrung fundamentaler gesellschaftlicher Ungleichheiten auch in der eigenen Biographie?<sup>140</sup> Überhaupt scheint das Verständnis des Deutungsmusters am leichtesten zu fallen, wenn die von Lepsius identifizierten „Deutungsmuster der Ungleichheit“<sup>141</sup> als Archetypus solcher privater Gesellschaftstheorien begriffen werden.

Sicher ist es für Sozialwissenschaftler, die zur Fundierung der Dignität ihrer Gedanken der Berufung auf traditionsschwangere wissenschaftliche Schulen und Autoritäten bedürfen, ohne Weiteres möglich, ganz unterschiedliche große Namen *post festum* mit diesen basalen Überlegungen zu verknüpfen. Ein jüngst erschienener Sammelband macht als geistige Vorläufer der Oevermann'schen Überlegungen beispielsweise die „emergenten kollektiven Repräsentationen“ Emile Durkheims, Max Webers vermeintliches Diktum der „verstehenden Soziologie“, „kulturelle Gegebenheiten auf das soziale Verhalten Einzelner zurückzuführen“ (als wäre dieses Verhalten nicht von ihm selbst zugleich als durch Kultur bedingtes begriffen worden) und Noam Chomskys „Beschreibung der Sprache als System syntaktischer Regeln, in dem Hörersprechende einer Einzelsprache operieren“, aus.<sup>142</sup> Auch wurden seit den 1990er Jahren mehrfache Versuche unternommen, die Deutungsmusteranalyse wissenssoziologisch zu reformulieren. Das aber muss misstrauisch machen. Denunziert man Oevermanns Deutungsmusterkonzept als „strukturalistisch“<sup>143</sup>, um es gemäß antirealistischen wissenssozio-

140 „Die soziale Schichtung wird durch strukturelle Positionskonfigurationen mit im Lebenslauf typischerweise nicht aufhebbaren Ungleichheitseffekten begründet und erhält durch Ordnungsvorstellungen einen Bedeutungsgehalt.“ Mit der „Gesamtgesellschaft“ verbindet sich die Vorstellung einer Vollmitgliedschaft, ein normatives Leitbild von den Rechten und Pflichten eines Mitgliedes dieses sozialen Systems. Ein prinzipieller formaler Gleichheitsanspruch ist bereits in der Vorstellung eines sozialen Systems, dem man sich zugehörig fühlt enthalten. [...] Er findet seinen Ausdruck in einer allgemein verbindlichen Alltagsmoral.“ Lepsius, M. Rainer: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung [1963], in: Ders. (Hg.): Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 96–116, hier S. 110f.

141 Ibid., S. 110.

142 Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 18f.

143 Symbolisch bestimmt zwar, doch noch immer als eine Wirklichkeit, „die von den Subjekten einerseits durch ihr Deuten und Handeln alltäglich (re-)produziert werden muß, diesen aber andererseits auch in den verschiedensten Praxen und Institutionen als [hinsichtlich ihres Charakters



logischen Dogmen<sup>144</sup> „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen, indem man „gesellschaftliche Wirklichkeit [...] nun als eine primär symbolisch bestimmte“ fixiert,<sup>145</sup> dabei aber die Selbstständigkeit der ja gerade intersubjektiv wirksamen Deutungsmuster über die Köpfe hinweg leugnet,<sup>146</sup> wird eine entscheidende Einsicht eliminiert: dass „die Subjekte“ – gemeint sind wohl gesellschaftlich und politisch denkende, fühlende und agierende Menschen – nicht die diskursive Realität von Deutungsmustern als Summe aller Teile „erzeugen“, sondern diese Wirklichkeit ihnen beispielsweise in Gestalt der Ordnungsvorstellung gesellschaftlicher Gleichheit objektiv als „allgemein verbindliche[] Alltagsmoral“<sup>147</sup> mit spezifischen Positionierungs- und Handlungszwängen gegenübertritt – ganz so wie auch die alltägliche Wirklichkeit persönlicher Ungleichheitserfahrungen ihnen als institutioneller, schwer zu umgehender Zwang erscheint. Deutungsmuster sind als strukturbildende Faktoren politisch-sozialer Mentalitäten eben nicht nur gesellschaftlich *hergestellt*, sondern als historisch gewachsene und trotz aller Variabilität prinzipiell langlebige Tiefenstrukturen des Denkens und Fühlens gesellschaftlich eingebetteter Individuen durchaus auch *Teil der objektiven sozialen Wirklichkeit und ihrer Eigengesetzlichkeiten*. Die Einsicht, dass Deutungsmuster nicht mechanisch auf „objektive Handlungsprobleme“ reagieren, sondern sie oft auch selbst hervorbringen,<sup>148</sup> ist sicher richtig, aber mehr eine notwendige und explizierende Ergänzung zu den Überlegungen Lepsius’ und Oevermanns, als eine konzeptuelle Modifikation, die den Rückgriff auf den Ballast wissenssoziologischer Denkwerkzeuge erforderte.

Sehr viel naheliegender ist es, im Deutungsmuster eine zeitgemäße Reformulierung jener Bewusstseinsform zu sehen, die früher (politische) Ideologie hieß, aber seither ihren traditionellen Totalitätsanspruch eingebüßt hat: die Bewältigung gesellschaftlicher Erfahrungen und Handlungsprobleme mithilfe strukturierender, normativ rechtfertigender und Handlungsmaximen anleitender privater (dabei aber auch kollektiv geteilter) Ordnungsentwürfe. Ideologie im klassischen Sinn – d. h. möglichst befreit von allen alltagssprachlich eingeschliffenen polemischen und pejorativen Komponenten –

---

und ihrer Wirkweise unbestimmte, J. S.], „materielle Gewalt“ gegenübertritt.“ Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 19-22.

- 144 Dass eine jede Wissenssoziologie, die sich auf das Vokabular der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ nach Peter L. Berger und Thomas Luckmann bezieht (so etwa in Lüders/Meuser: Deutungsmusteranalyse, S. 65), schon auf erkenntnistheoretischer Ebene weitreichende sozialkonstruktivistische Setzungen vornimmt, die auf die Leugnung der objektiven Eigengesetzlichkeit von Gesellschaft hinauslaufen, ist im programmatischen Original nachzulesen. Die Ausgangsfrage: „Wie ist es möglich, daß subjektiv gemeinter Sinn zu objektiver Faktizität *wird*?“ enthält bereits die Prämisse, dass Gesellschaft nichts Anderes sei als kontingent Produziertes oder Konstruiertes, eine bloße imaginäre Fassade, die durch Aufklärung „falschen“ Bewusstseins zu entlarven sei. S. dazu Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie [1969], Frankfurt a.M. 2012, S. VI, 6, 20 und 195 (Herv. i. O.)
- 145 Plaß, Christine/Schetsche, Michael: Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster, in: Sozialer Sinn, H. 3/2001, S. 511-536, hier S. 533.
- 146 Vgl. Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 21f. und Lüders/Meuser: Deutungsmusteranalyse, S. 63.
- 147 Lepsius: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung, S. 111.
- 148 Vgl. Lüders/Meuser: Deutungsmusteranalyse, S. 66; Plaß/Schetsche: Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster, S. 533; Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 21f.



war bestimmt als ein soziales und politisches Denken, das sich „seiner eigenen Konstitution nicht bewußt wird und daher zwischen unbewußter Verschleierung und gesellschaftlich bedingter Selbsttäuschung oszilliert.“<sup>149</sup> In diesem Begriff war die Einsicht enthalten, dass das bloße „Entlarven“ ideologischer Gehalte die spezifische Verbindung von Realität und Realitätswahrnehmung verkennt; Ideologie in diesem Sinne ist nicht „bloß Täuschung und Betrug“, gar nur aufzuklärender Irrtum, besser noch wirklichkeitsfremde Einbildung. Ideologie im klassischen Sinn ist eine Bewusstseinsform, die durch den täglichen Verkehr mit dem gesellschaftlichen – und also auch demokratischen – Prozess nachgerade aufgenötigt wird.<sup>150</sup> Dass der Einzelne frei und autonom sei in Kaufentscheidungen und Stimmenabgabe, dass seine sittlichen und religiösen Wertbezüge ihm selbst eigen sind, dass es bestimmte Herrschafts- und Zwangsformen geben müsse, dass gesellschaftliche Ungleichheiten legitim sind und eine Funktion erfüllen, usw. – all diese potenziell strittigen Überzeugungen können falsch sein, resultieren aber nicht nur aus „falschem“ Denken, sondern aus erfahrbarer Realität. Stets gehörte zur Ideologie dabei der Aspekt der Rechtfertigung,<sup>151</sup> sei es der Rechtfertigung der herrschenden Zustände oder der Rechtfertigung von Kritik an diesen Zuständen. Dies ist besonders in den sogenannten politischen „Ideologien“ deutlich, die – lässt man für einen Moment die teils gravierende historische Variabilität beiseite – jeweils einen Gesamtentwurf funktionierender Gesellschaft enthielten: Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus.<sup>152</sup>

(Politische) Ideologie war aber auch gebunden an die vergleichsweise geschlossenen Deutungssysteme des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Wie spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und seit der Transformation der deutschen Gesellschaft in eine massenkulturell und massenmedial strukturierte Konsumgesellschaft häufig konstatiert wurde – für den US-Kontext führten das klassisch Daniel Bell 1960 als *The*

149 Lenk: Ideologie, S. 357 (Herv. i. O.)

150 Ibid.

151 „Als objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge, gehört Ideologie, wenn nicht bloß der modernen, so jedenfalls einer entfalteten städtischen Marktwirtschaft an. Denn *Ideologie ist Rechtfertigung*. Sie setzt ebenso die Erfahrung eines bereits problematischen gesellschaftlichen Zustandes voraus, den es zu verteidigen gilt, wie andererseits die Idee der Gerechtigkeit selbst, ohne die eine solche apologetische Notwendigkeit nicht bestünde und die ihr Modell am Tausch von Vergleichbarem hat. Wo bloße unmittelbare Machtverhältnisse herrschen, gibt es eigentlich keine Ideologien.“ Institut für Sozialforschung: Ideologie, in: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 4, Frankfurt a.M. 1956, S. 162–181, hier S. 168 (Herv. i. O.)

152 „Ihre Motive knüpfen objektiv eindeutig an die Interessenlagen bestimmter sozialer Gruppen an und entwerfen ein entsprechendes Bild von der Gesellschaft im ganzen: den Liberalen erscheint sie als ein freier Verband konkurrierender Individuen; den Konservativen als ein hierarchisch geordneter Ständeorganismus; die Sozialisten begreifen sie unter dem Aspekt des Klassenkampfes. Stets gelingt es, den eigenen Standort gesamtgesellschaftlich zu interpretieren, die eigenen Interessen aus dem Interesse aller zu rechtfertigen und den politischen Handlungen durch die Suggestion retrospektiver oder wie immer perspektivischer Normen einen eindeutig gerichteten Impuls zu geben.“ Habermas et al.: Student und Politik, S. 152f.

*End of Ideology* und Francis Fukuyama als *The End of History*<sup>153</sup> aus –, ist der Totalitäts- und Erklärungsanspruch politischer Ideologien, verstanden als klassen- und milieuspezifische Ausprägungsformen „großer“ Deutungssysteme und „geschlossene[r] politische[r] Weltanschauungen“ im vermeintlich „postideologischen“ Zeitalter, zerfallen.<sup>154</sup> Dies führte bereits in den 1950er Jahren zu dem Urteil, Ideologie sei herabgesunken zur „Anerkennung des Bestehenden selber“, zu „Modelle[n] eines Verhaltens, das der Übermacht der Verhältnisse sich fügt.“<sup>155</sup> Nun muss man das fatalistische Pathos der Vokabeln des „Zerfalls“ und „Verfalls“ nicht kopieren. Auch wenn der damit verbundene Verlust emanzipativer und utopischer Ideale bedenklich sein mag, ist ein solcher „Zerfall“ traditioneller Bewusstseinsformen zunächst einmal eine Anpassung an veränderte gesellschaftliche Verhältnisse, welche die einst empfundenen „Wahrheiten“ des Alten schlicht entwertet haben. Unbedingt aber sollte die Einsicht aufgenommen werden, dass viele populäre Zeitdiagnosen der Mitte des vergangenen Jahrhunderts auf einen Dekompositionsprozess hinweisen, welcher als Ablösung der einstigen Deutungssysteme durch fragmentierte, zersplitterte, oft sicher auch unzusammenhängende Deutungsmuster zu verstehen ist. Das Bedürfnis nach Deutung, Erklärung und Rechtfertigung ist keineswegs verschwunden, nur werden Deutungsmuster kaum noch die ersehnte sinnhafte Integration sämtlicher (oder zumindest entscheidender) gesellschaftlicher Vorgänge leisten können. Effekte dieses Wandels fallen in qualitativen Studien häufig auf: Der situative Rückgriff auf Deutungsmuster im qualitativen Gesprächskontext arbeitet oft mit widersprüchlichen Denkschablonen und Schematismen, nicht selten auch mit der demonstrativen Kapitulation vor komplexeren Fragen, wo eben kein System der Deutung die einzelnen Muster zu überbrücken vermag.

Viele Autoren haben diese Nötigung zur konzeptuellen Neuorientierung erkannt, wenige setzten sie methodisch überzeugend um. Originelle Vorarbeiten, die im Verlauf dieser Studie noch mehrfach aufgegriffen werden, leisteten etwa Habermas et al. in *Student und Politik*. Ausgehend von der Beobachtung, dass der Anspruch der alten politischen Ideologien darin bestand, „die Totalität der Gesellschaft zu erfassen“, indem sie sie am Maßstab eines durch die klassenbedingte Interessenlage konstituierten „normativen Entwurfs der Zustände, wie sie ‚eigentlich‘ sind oder zu sein haben“ misst und „die unanschaulich gegebene Mannigfaltigkeit der Sachverhalte zur plausiblen, aber dogmatisch vorgegebenen Einheit des Ganzen“ fügt,<sup>156</sup> fragen die Autoren nach dem

153 Vgl. Bell, Daniel: *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Glencoe 1960 sowie Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

154 Vgl. Lenk, Kurt: Zum Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert – Begriff und Phänomen des ideologischen Bewußtseins (1981), in: Ders.: *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden 1994, S. 27–41, hier S. 37–40 und, empirisch am Beispiel von Frankfurter Studierenden, Habermas et al.: *Student und Politik*, S. 152–164.

155 Institut für Sozialforschung: *Ideologie*, S. 178. Außerdem Lenk: *Zum Strukturwandel politischer Ideologien*, S. 39: „Der Begriff der Ideologie im Sinne einer übergreifenden, mit Anspruch auf objektive Wahrheit gerichteten Rechtfertigung hat sich weithin aufgelöst. Geblieben sind eingeschliffene Vorurteile, deren Funktion vor allem darin besteht, die vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu akzeptieren und sich einzurichten.“

156 Habermas et al.: *Student und Politik*, S. 152.

damaligen Zustand derartiger „Gesellschaftsbilder“ unter Studierenden. Zwar seien politische Ideologien weitgehend „zerfallen“ und die zugehörigen „genuinen“ bzw. „autochthonen“ Gesellschaftsbilder nur noch in atavistischer Form aufzufinden, auch seien die künstlichen faschistischen und sowjetischen „Ersatzmythen“ rasch wieder verblichen.<sup>157</sup> „Resignierte Anpassung an das, was der Fall ist, tritt an die Stelle von Spekulationen, Ideologien und Theorien, die uns auf die eine oder andere Weise der Totalität versichern.“<sup>158</sup> Statt der Berufung des politischen Urteils auf einen Sinnzusammenhang des Ganzen herrsche nun der konsumkulturelle Konformismus stereotyper Verhaltensweisen, welche den Gedanken praktischer Umgestaltung der Gesellschaft von sich fernhalten.<sup>159</sup> Allerdings führe dieser „Ideologieverlust“<sup>160</sup> in der massenmedial strukturierten Gesellschaft keineswegs zum Abtritt ideologischen Bewusstseins insgesamt. Fragmente der alten moralischen, religiösen und philosophischen Motive vermengten sich mit neuen, stärker individualisierten Auffassungen der Funktionsweise von Gesellschaft und der persönlichen Rolle in ihr.<sup>161</sup> So mag das unter Studierenden der 1950er Jahre aufgefundene „Modell der inneren Werte“, ein „modifiziertes“ Gesellschaftsbild, das „entlang der Trennungslinie zwischen einem innerlichen, eigentlichen, und einem äußerlichen, uneigentlichen Bereich“ organisiert sei, also Gesellschaft wesentlich als „Sphäre der Entfremdung“ wahrnehme und alle äußeren Unterscheidungskriterien wie Status, Einkommen, Aussehen und Bildung als künstlich und „uneigentlich“ klassifiziere, während Charakter, Bildung und Moral eines Menschen dessen „wahren“ Wert bestimmten,<sup>162</sup> als frühes Beispiel eines sozialwissenschaftlich zutage geförderten politisch-sozialen Deutungsmusters im hier gemeinten Sinne verstanden werden. Eine andere, konzeptuell herausfordernde, aber empirisch zumeist nur partiell umgesetzte, Antwort auf den Wandel der politischen Bewusstseinsformen lieferte Karl Rohe mit seinem qualitativen Verständnis politischer Kulturforschung. In dezidiert kritischer Auseinandersetzung mit dem quantitativen politischen Kulturbegriff der *Civic Culture* nach Gabriel Almond und Sidney Verba<sup>163</sup> und mit dem Konzept „politischer Unterstützung“ nach David Easton<sup>164</sup>, welche sämtlich (wenn auch in kontinuierlicher Weiterentwicklung und Modifikation) statische Raster demokratischen Bewusstseins

157 Ibid., S. 152f.

158 Ibid., S. 156.

159 Ibid., S. 156f.

160 Ibid., S. 154.

161 Vgl. *ibid.*, S. 164.

162 Ibid., S. 164, 171-180. Besonders interessant an diesem Modell ist die verborgene – wenn auch von vielen verbal abgelehnte – Schlussfolgerung einer legitimen Vorrangstellung des Akademikers in der Gesellschaft: Als besonders „geistiger“ Mensch verfügt er zwangsläufig über überdurchschnittlich ausgeprägte „eigentliche“ Qualitäten. Dieser Aspekt wird *ibid.* auch diskutiert.

163 Vgl. Almond, Gabriel/Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963; Almond, Gabriel: *Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick*, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987, S. 27-38.

164 Vgl. Easton, David: *A Framework for political Analysis*, Prentice Hall 1965; Easton, David: *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*, in: *British Journal of Political Science*, H. 5/1975, S. 435-457.

für die Surveyforschung zur Messung der Stabilität und Legitimität politischer Ordnungen aufstellen,<sup>165</sup> dynamisiert Rohe politische Kultur als komplexes Ineinander gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Mentalitätsbestände sowie oberflächlicher und tiefenstruktureller Orientierungen. Er differenziert zwischen „politischer Sozialkultur“ und „politischer Deutungskultur“,<sup>166</sup> erstere verstanden als Fundament diskursentzogener latenter Selbstverständlichkeiten und auskristallisierter Grundüberzeugungen aller Mitglieder einer Gesellschaft (Mentalitäten, Gewohnheiten, Lebensweisen), letztere aufgefasst als voluminöse Mannigfaltigkeit manifester, also sichtbarer und angreifbarer Rede- und Handlungsweisen, Meinungen, Einstellungen, Werthaltungen, Symboliken, etc. Während politische Sozialkultur „zumindest für eine Zeitlang nicht in Frage gestellt werden“ könne, in seiner historischen Persistenzkraft also „Ermöglichungsvoraussetzung allen politischen Lebens“ darstelle, befinde sich politische Deutungskultur stets im Fluss gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, in dem Individuen um die Anerkennung ihrer jeweiligen Deutungsvarianten streiten; beide zusammen bilden politische Kultur im anspruchsvollen Sinne.<sup>167</sup> Auch Rohe stellt die Frage, ob es so etwas wie ein allgemein verbindliches, Gesellschaften trotz aller Konfliktivität integrierendes, Grundsediment politischer Kultur infolge der Erosion klassenbedingter politischer Milieus und Lager (noch) gibt, oder ob die Prämisse einer langfristig intakten homogenen Sozialkultur als Voraussetzung „funktionierender“ Gesellschaft sich nicht vielmehr als folkloristische Idealisierung übersichtlicher klassengesellschaftlicher und vormoderner Gemeinschaften enthülle.<sup>168</sup> Um das Projekt einer Klärung anzugehen, schlägt er vor, über die Werkzeuge der Umfrageforschung und über ihr Interesse an (oberflächlichen) Einstellungsmustern hinauszugehen; politische Kulturforschung müsse die Frage nach den fundierenden „Grundannahmen über die politische Welt“ stellen, d. h. „grundlegende[n] Ordnungsvorstellungen“ nachgehen, „die die Maßstäbe für die Beurteilung eines Systems bereitstellen und dabei zumindest ansatzweise den Charakter einer politischen Theorie besitzen.“<sup>169</sup> Lesbar seien diese Ordnungsvorstellungen in Gestalt der „Ausdrucksseite“ (rhetorische Zitate, Problemrahmungen, Symbole und Codes, Mythen, Handlungen) sowie der „Inhaltsseite“ (Sinnbezüge, Urteile, Aussagen);<sup>170</sup> hierin bestehe der „subjektive und objektive Doppelcharakter“ politischer Kultur.<sup>171</sup> Mit anderen Worten: Auch die qualitative politische Kulturforschung nach Rohe eröffnet den Blick auf den gesellschaftlichen Verkehr von potenziell handlungsleitenden politisch-sozialen Ordnungsvorstellungen und Deutungsmustern „unterhalb“

165 Vgl. Pickel, Susanne/Pickel, Gert: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 51-54.

166 Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987, S. 39-48.

167 Ibid., S. 42 sowie Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart Berlin Köln 1994, S. 164.

168 Vgl. Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 40 und 46.

169 Rohe: Politik, S. 165.

170 Ibid., S. 166.

171 Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1-21, hier S. 7.

der manifesten Einstellungs- und Meinungsebene; ihr starkes Interesse an Teilbereichen der Gesellschaft (soziale Gruppen, Milieus, Regionen, etc.) und deren politischen (Teil-)Kulturen<sup>172</sup> kann hier passfähig auf die Gruppe der Studierenden gelenkt werden. Daher ist das Rohe'sche Verständnis politischer Kultur als unterstützende konzeptuelle Rahmung der Deutungsmusteranalyse hilfreich, die Aufschluss über die Mannigfaltigkeit der Äußerungs- und Erscheinungsformen sowie Bezugswege von Deutungsmustern in der Tiefendimension politisch-sozialer Mentalitäten gibt.<sup>173</sup> Auch wenn Rohes originärer ambitionierterer Intention dabei nicht vollständig Genüge getan werden kann: Qualitative Gesprächsmethoden machen immerhin einen „Ausschnitt“ politischer Kultur der Beobachtung, Beschreibung und Interpretation zugänglich,<sup>174</sup> und zwar jenen Ausschnitt handlungsleitender ideologischer Bewusstseinsformen, welche sich in sozial- wie deutungskulturellen Äußerungsformen ausdrücken.

Soll der von Christian Lüders herausgearbeitete und unterstrichene Anspruch der Deutungsmusteranalyse, „epochalen gesellschaftlichen Wandel“ „detailversessen“, d. h. am Einzelfall, nachzuvollziehen, um „in der Sprache des Falles den Spuren der Verwerfungen und Fragmentierungen nachzugehen“,<sup>175</sup> mit dem nötigen Ernst eingelöst werden, ist das Deutungsmuster genau so zu verstehen: als Element privater Gesellschaftstheorien nach dem weitgehenden Ende der Deutungssysteme politischer Ideologien, d. h. als Fragment ideologischer Leitlinien, welche politisch-soziale Meinungen, Urteile und Einstellungen in einer mentalen Tiefenschicht strukturieren, sinnhaft verknüpfen, deutend rechtfertigen und dementsprechend Handlungsoptionen ableiten. *Inkonsistenzen zwischen einzelnen politischen Einstellungen können durch Deutungsmuster verbunden und insofern sinnhaft sein; Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Deutungsmustern selbst hingegen deuten auf Orientierungsschwierigkeiten, ggf. auf im Wandel befindliche Orientierungen hin.* Dabei verbietet sich wohlgemerkt jeder wissenschaftliche Hochmut: Politische und gesellschaftliche Vorgänge werden im alltäglichen Bewusstsein *fast immer* ideologisch, d. h. rechtfertigend deutend<sup>176</sup> verarbeitet, auch vom Forschenden selbst, wo er nicht am Schreibtisch sitzt und so lange angestrengt ideologiekritisch arbeitet, bis er weltschmerzliches Stirnrunzeln betreibt wie einen Kampfsport. In diesem spezifischen Sinne wird hier nach politisch-sozialen Deutungsmustern<sup>177</sup> von Studieren-

172 Vgl. Marg, Stine: Nach Pegida – Politische Orientierungen junger Menschen. Fokusgruppen als Instrument zur Deutungsmusteranalyse, in: Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole (Hg.): Der Deutungsmusteransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim Basel 2019, S. 107-127, hier S. 110.

173 Vgl. *ibid.*, S. 108-111.

174 *ibid.*, S. 111.

175 Lüders: Deutungsmusteranalyse, S. 378f.

176 In einem aktuellen Sammelband zur Deutungsmusteranalyse werden Deutungsmuster strikt von „Ideologien“ getrennt. Die Begründung lautet, dass letztere „ein von Interessen geleitetes Rechtfertigungsmuster darstellen“ und dabei „an die Durchsetzung von Interessen gebunden sind“, während „dies für Deutungsmuster zwar auch, aber nicht ausschließlich“ gelte, s. Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 17. Bedauerlicherweise bleiben hier sowohl die wissenschaftlichen Beweggründe als auch die konkreten konzeptuellen und empirischen Konsequenzen dieser begriffsanalytischen Subtilität ungeklärt. Die distinkte Unterscheidung, so apodiktisch knapp sie auch behauptet wird, vermag daher nicht zu überzeugen.

177 Bisweilen wird zwischen „sozialen und kulturellen“ Deutungsmustern einerseits und „politischen“ Deutungsmustern andererseits unterschieden, um nur letzteren die Eignung für politische Kul-

den gefragt. Dazu noch ein Hinweis auf die Einschränkungen dieses methodischen Zuschnitts: Das Deutungsmusterkonzept leistet keine „Theorie des Handelns“ im Sinne von Bourdieus Habituskonzept, d. h. keine ausgearbeitete Klärung der konkreten sozialisatorischen Herkunft von Deutungsmustern sowie der Mechanismen des Umsetzens von Deutungsmustern in soziales Handeln.<sup>178</sup> Hier wird lediglich davon ausgegangen, dass Menschen in Gesellschaft auf verschiedene, auch konkurrierende und widersprüchliche, Deutungsmuster zurückgreifen, dass diese Deutungsmuster die „Oberflächen“-Ebene von Meinungen, Einstellungen und Orientierungen in einer irgendwie gearteten (in künftigen Studien sozialpsychologisch versierter zu bestimmenden) mentalen Tiefenschicht mithilfe latenter Sinnstrukturen vermitteln, und dass diese Sinnstrukturen potenziell handlungsleitende Orientierungen stiften – unter Ausklammerung der Frage nach dem *Wie*. Ob und inwiefern Deutungsmuster dabei doch noch primär durch die soziale Lage oder durch Residuen von Milieuzugehörigkeiten bedingt sind – ursprünglich eine wesentliche Prämisse Bourdieus<sup>179</sup> – oder in postindustriellen Gesellschaften vielmehr auf impressionistische Weise durch differente biographische Erfahrungskontexte und flexible Gruppenzugehörigkeiten zufällig „erworben“ werden, mithin eher fragmentierten Versatzstücken einstiger klassengebundener „großer“ und konsistenterer Deutungssysteme gleichen, ist hierbei eine der entscheidenden offenen Fragen. Zudem: Ob die Handlungsimperative der vorgebrachten Deutungsmuster tatsächlich faktisch in Handlungen umgesetzt werden, ist schon allein aufgrund der einmalig stattfindenden Gesprächssituation nicht zu klären. *Politisches Potenzial kann hier nur näherungsweise in Gestalt einer vermuteten Handlungsdisposition verhandelt werden, die sich aus studentischen Deutungsmustern rekonstruieren lässt.*

Die Suche nach einer geeigneten Materialquelle zur Aufdeckung und Analyse solcher Deutungsmuster führt unmittelbar zur Erhebungsmethode der Gruppendiskussion, genauer: der *Fokusgruppe*.<sup>180</sup> Fokusgruppen simulieren die diskursive Alltäglichkeit

---

turforschung zuzusprechen, s. Marg: Nach Pegida, S. 108. Aber auch diese Unterscheidung weckt Zweifel. Denn befreit man sich einmal von dem akademisch gepflegten Zwang zur Departementalisierung sozialwissenschaftlicher „Disziplinen“, die die Fixierung von Zuständigkeiten bis in die Adjektive der eigenen Forschungsdesigns verlängert, und übt man Empathie für das alltägliche politische Denken und Fühlen empirischer Menschen, so darf doch gefragt werden: Was sind private Theorien über das Politische Anderes als Theorien über gesellschaftliche – und damit stets soziale – Ordnungsprinzipien und Funktionsgesetze, auf die man sich einen Reim macht? Wie sind die Wege der Deutung politischer und sozialer Vorgänge in den Köpfen und im Austausch vermittelt, wenn nicht über kulturell (mit-)determinierte Bilder, Symbole, Analogien, und Vokabeln, schließlich Sitten und Handlungsroutinen?

178 Vgl. Bögelein/Vetter: Deutungsmuster als Forschungsinstrument, S. 17f. sowie Lüders: Deutungsmusteranalyse, S. 377.

179 Vgl. *ibid.*

180 Die Fokusgruppe (bisweilen auch als ad-hoc-Gruppe bezeichnet) wird hier als besondere Variante der Gruppendiskussion verstanden, die ihre sich gegenseitig möglichst fremden Diskussionsteilnehmer nach bestimmten Kriterien auswählt und zur Diskussion fokussierter Themen bringt. Sie ist insbesondere von der Realgruppe abzusetzen, in der Menschen miteinander diskutieren, die sich privat kennen – die aber ihre wechselseitigen Konsenslinien womöglich schon vor dem Stattfinden der Gruppendiskussion ausgelotet haben und mitunter stärker vor persönlichen Konsequenzen von in der Gruppe getätigten Äußerungen zurückschrecken. Vgl. dazu Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker: Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch, Wiesbaden 2017, S. 20 und 77.



politischer Urteilsbildung: Der Grundgedanke der Methode ist, eine wirklichkeitsnahe Situation der konfrontativen Aushandlung von individuellen und kollektiven Bewertungen sowie Erklärungsmustern experimentell<sup>181</sup> abzubilden. Denn Meinungen über komplexe Themen wie politische und gesellschaftliche Vorgänge werden stets in Interaktion zwischen Individuen und Gruppen hergestellt, sie speisen sich immer auch aus „undeutlichen Stimmungen“.<sup>182</sup> Mündliche Ausführungen über Werthaltungen, Ordnungsvorstellungen, politische Problemwahrnehmungen, persönliches Demokratieverständnis etc. sind *immer* situativ bedingt, sozialkontextuell eingebettet und gewinnen oft erst in praktischer Interaktion ihre spezifische Kontur.<sup>183</sup> „Viele subjektive Bedeutungsstrukturen sind so stark in soziale Zusammenhänge eingebunden, dass sie nur in Gruppendiskussionen erhebbar sind. Hier können psychologische Sperren durchbrochen werden [...]“<sup>184</sup> Natürlich sind in Gruppendiskussionen die üblichen Erscheinungen sozialer Erwünschtheit in der einen oder anderen Form weiterhin wirksam. Überzeugungen, die gegen eine bereits hergestellte Mehrheitsmeinung verstoßen, werden oft besonders ungerne geäußert; generell sind Menschen ängstlich, im Kreis der Gruppe als „Rechte“ oder „Extremisten“ zu gelten, usw. Dennoch: Die Positionierungen anderer Teilnehmer wirken immer auch als kontinuierlicher Reiz, zuzustimmen, zu ergänzen, zu widersprechen. In der Gesprächssituation stellen sich so in der Regel – entweder durch wechselseitige Interaktion oder durch ausbleibenden Widerspruch – Meinungshegemonien her, die hier als dominante „Alltagsmoral“<sup>185</sup> von Studierenden verstanden werden können, während gegenläufige Positionen entweder unterliegen oder in einen offenen Konflikt treten. Manche Dissens- und Konfliktpunkte wiederum werden überhaupt keiner abschließenden Klärung zugeführt – stets lautet die Frage: Wie vollziehen sich diese diskursiven Schicksale und warum? Fokusgruppen fördern somit keine Summe von Einzelmeinungen zutage – sie sind kein Gruppeninterview –, sondern schaffen ein „Produkt kollektiver Interaktionen“,<sup>186</sup> wie auch politische Kultur eines ist. Sie verzerren nicht etwa den Meinungsbildungsprozess, wie ein oberflächlicher Vergleich mit standardisierten Einzelinterviews nahelegen könnte, sondern bilden ihn realitäts- und alltagsnäher ab als diese.<sup>187</sup> *Sie rekonstruieren einen gemeinsamen Erfahrungsraum der Diskutanten,<sup>188</sup> hier der Gruppe der Studierenden, welche heuristisch vereinfachend trotz aller zu erwartenden Binnenheterogenitäten als ein gesellschaftlich eingebettetes Kollektivsubjekt aufgefasst werden.*

Qualitative Sozialforscher diskutieren insbesondere die Frage nach adäquaten Auswertungsverfahren ausgiebig. Wie schon erwähnt, wird in dieser Studie keines der

181 Vgl. Faas, Thorsten/Huber, Sascha: Experimente in der Politikwissenschaft. Vom Mauerblümchen zum Mainstream, in: Politische Vierteljahresschrift 51/2010, S. 721-749.

182 Marg: Mitte in Deutschland, S. 72.

183 Vgl. Mangold, Werner: Gruppendiskussionen, in: König, René: Handbuch der empirischen Sozialforschung Bd. 2, Stuttgart 1973, S. 228-259.

184 Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 77.

185 Lepsius: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung, S. 111.

186 Mangold, Werner: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Aus der Arbeit des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M. 1960, S. 49.

187 Vgl. Kühn/Koschel: Gruppendiskussionen, S. 61 und 247.

188 Vgl. Bohnsack/Przyborski: Diskursorganisation, Gesprächsanalyse und die Methode der Gruppendiskussion, S. 235.



durchgebildeten Programme vollumfänglich befolgt; das gewählte Verfahren bezieht gleichwohl wesentliche Impulse aus der *Grounded Theory*.<sup>189</sup> Zwar wird nicht die Bildung einer Theorie angestrebt, wohl aber ein im Rahmen eines offenen, d. h. zugleich deduktiv, induktiv sowie abduktiv arbeitenden, „pragmatistischen Forschungsstils“ erzielter<sup>190</sup> Erkenntnisgewinn im Sinne der Aufdeckung von politisch-sozialen Deutungsmustern als rechtfertigender und handlungsleitender Sinnstrukturen, als „Theorien der Alltagserfahrung“<sup>191</sup>. Einzelne in der Auswertung vorgetragene Interpretationen nehmen die Funktion von erklärenden Hypothesen ein, die sich im Verlauf des Erhebungs- und Rekonstruktionsprozesses als plausibel „bewährt“ haben. Sie resultieren aus dem deduktiven und induktiven Kodieren<sup>192</sup> der Fokusgruppentranskripte. Freilich ist die entscheidende Frage hier, woran man erkennt, dass politisch-soziale Deutungsmuster in der Gruppendiskussion „in Aktion“ treten? Die Antwort lautet: Sie sind als „Hintergrund“ des Gesagten rekonstruierbar, also als jene Sinnstrukturen, die wechselseitiges intuitives Fremdverstehen in der Gruppensituation zu ermöglichen scheinen.<sup>193</sup> Deutungsmuster legen sich somit selbst im Diskussionsprozess offen, stiften Orientierung und Zusammenhänge insbesondere in konfrontativen Situationen, in denen Rechtfertigungen konstruiert, Irritationen und Widersprüche bearbeitet, Urteilsroutinen (wieder-)hergestellt, komplexere Antworten auf problematische Aspekte gesucht werden. Sowohl der Themenkatalog als auch die Gruppenmoderation zielen daher auf das Auslösen von Orientierungskrisen, die den Rückgriff auf Deutungsmuster aktivieren. Über die genetische Kausalquelle der Deutungsmuster ist damit allerdings noch nichts gesagt. Das einseitige Betonen gruppendynamischer Effekte soll während der

- 
- 189 Das von Oevermann geforderte Verfahren der Objektiven Hermeneutik, welches nicht nur anspruchsvolle Transkriptionsregeln, eine detaillierte Sequenzanalyse sowie eine durch minutiöse Dokumentation der einzelnen Interpretationsschritte „zwingend“ ergebende Interpretation des Interviewmaterials (als wäre das forschende Subjekt am Ende doch noch wegzusubtrahieren) fordert, ist im Rahmen dieser als Dissertation eines einzelnen Forschers angelegten Studie nicht durchführbar. Ähnliches gilt für die Dokumentarische Methode nach Ralf Bohnsack. Vgl. Oevermann: Oevermann, Ulrich: Klinische Soziologie auf der Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik – Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung, Institut für hermeneutische Sozial und Kulturforschung e. V. 2002 und, zur Kritik des hier erhobenen objektivistischen Anspruchs, Marg: Mitte in Deutschland, S. 80. Vgl. zu den Anforderungen der Dokumentarischen Methode Bohnsack: Rekonstruktive Sozialforschung, S. 31-68.
- 190 Strübing, Jörg: *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils*, Wiesbaden 2014.
- 191 Oevermann: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, S. 10.
- 192 Hierbei resultierten deduktive Codes aus der inhaltlichen Vorstrukturierung durch die aspektzentrierte Längsschnittbetrachtung und, daraus folgend, aus dem Fokusgruppen-Leitfaden, während die induktiven (offenen) Codes sich aus den Relevanzkriterien der Diskutanten ergaben. Vgl. zu dieser aus dem Instrumentarium der *Grounded Theory* stammenden Distinktion Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 92 sowie Przyborski/Wohlrab-Sahr: *Qualitative Sozialforschung*, S. 207.
- 193 Vgl. Meuser, Michael: Repräsentation sozialer Strukturen im Wissen. Dokumentarische Methode und Habitusrekonstruktion, in: Bohnsack, Ralf/Nentwig-Gesemann, Iris/Nohl, Arnd-Michael (Hg.): *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis*, Wiesbaden 2013, S. 209-224, hier S. 221.

Auswertung ebenso vermieden werden wie ein zu starker Fokus auf individuelle Deutungsmuster. Zu erwarten ist vielmehr eine wechselseitige Überlagerung von gruppendynamischen Effekten, individuellen sowie sozialmoralisch geprägten Vorstellungen und Mentalitätsfragmenten.

Die hier durchgeführten Fokusgruppen wurden durch einen am Forschungsinteresse und an der aspektzentrierten historisch-empirischen Längsschnittbetrachtung ausgerichteten Themenkatalog strukturiert, der die inhaltliche Fokussierung sowie eine gewisse Vergleichbarkeit der Gruppen untereinander sicherstellt, und durch den Verfasser moderiert. Sowohl bei dem Entwurf des Themenkatalogs als auch bei der Gruppendiskussion ist besondere Sensibilität erforderlich: Die gestellten Fragen sollen offen und erzählgenerierend wirken, insgesamt möglichst wenig an semantischer Rahmung vorwegnehmen. Schließlich wird die Sicht der Teilnehmer nicht nur durch inhaltliche Aussagen, sondern auch durch die Wahl der Ausdrücke, durch Bezugnahmen auf spezifisches Vokabular, durch den Tonfall und die parasprachliche Kommunikation wie Gestik und Mimik, durch Versprecher und Selbstkorrekturen, und ganz besonders auch durch die Art der assoziativen Verknüpfung abstrakt gehaltener Fragen mit der eigenen konkreten Erfahrung, deutlich. In vielen Gesprächen dominieren wenige Sprecher die Gesprächssituation und okkupieren einen Großteil der Redezeit. Diesen Effekten ist (nach Möglichkeit) durch eine geschickte Moderation Rechnung zu tragen. Die zentrale Aufgabe der Moderation liegt insgesamt darin, eine möglichst selbstläufige Diskussion zu evozieren; aus diesem Grund muss sie auch in der Lage sein, sensibel auf Stimmungsverläufe zu reagieren und gegebenenfalls lenkend einzugreifen. Der Rückgriff auf die im Themenkatalog vorbereiteten Formulierungsvorschläge richtet sich im Idealfall flexibel nach dem Verlauf der Diskussion. Neigt eine Gruppe zum zügigen Postulieren der eigenen Relevanzkriterien, hält sich der Moderator zurück; dominiert ein karger und passiver, abwartender Gesprächsstil oder trägt die Diskussion allzu weit fort vom Gesprächsgegenstand, ist ein stärker direkter Moderationsstil erforderlich. Üblicherweise durchlaufen Gruppendiskussionen eine „Phase der Annäherung“ und des wechselseitigen Kennenlernens, in der Wortbeiträge vorsichtig und unter dem Aspekt gemutmaßter gruppeninterner Reaktionen geäußert werden, eine „Phase der Vertrautheit“, in welche die aufschlussreichsten Diskussionspassagen und impulsivsten Äußerungen fallen, und eine „Phase der Konformität“, in welcher zentrale Konsenslinien weitgehend hergestellt sind und eine fortschreitende Ermüdung eintritt.<sup>194</sup>

An dieser Stelle ist noch einmal zu spezifizieren, was mit dem Verzicht auf wissenschaftlichen Hochmut gemeint ist, und zwar am Gegenstand des Verhältnisses von Alltagssprache und Wissenschaftssprache. Erfahrungsgegenstände des qualitativ arbeitenden Forschers sind „Text und Protokoll statt Meßdaten“,<sup>195</sup> d. h. hier: Transkripte, Kodierprotokolle, Thesenpapiere. Sowohl bei der Moderation der Diskussionen als auch bei der anschließenden Auswertung gerät man in Versuchung, das Gesagte – den Text –

194 Vgl. Bohnsack, Ralf: Gruppendiskussionsverfahren und Milieuforschung, in: Frieberthäuser, Barbara/Langer, Antje/Prengel, Annedore: Handbuch Qualitative Sozialforschung in der Erziehungswissenschaft, Weinheim 1997, S. 492–502, hier S. 499.

195 Vgl. Overmann: Klinische Soziologie auf der Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik, S. 3.

als adäquate Abbildung von Orientierungsstrukturen hinzunehmen. So läuft man Gefahr, bei bloßen Phänomenologien stehen zu bleiben, d. h. die nach der Vorstellung von „Einstellungsmustern“ und Einstellungsforschung (ein Metier quantitativ angelegter Studien) katalogisierten Phänomene deskriptiv zu behandeln, woran schließlich auch nur nachträglich „heruminterpretiert“ werden kann. Das ist ganz besonders dann fatal, wenn Diskutanten inkohärente Aussagen tätigen, sich selbst widersprechende Beobachtungen und Erklärungen vortragen. Denn: Erwartet man klare Positionierungen, wie sie in Fragebögen und strikten Leitfäden gefordert sind und wie sie dem an Widerspruchlosigkeit orientierten wissenschaftlichen Denken gemäß sind, entgeht einem schnell die irritierende Tatsache, dass Widersprüchlichkeiten und Brüche, insbesondere im Falle von Themen- und Perspektivenwechseln, nicht Denkfehler der Befragten sind, sondern geradezu den Normalzustand individueller wie kollektiver Wirklichkeitsverarbeitung darstellen.<sup>196</sup> Jeder Komplex von Äußerungen, wie gering elaboriert, wie wenig kohärent oder gar ordinär auch immer er zunächst erscheinen mag, gewährt Aufschluss über die konstitutiven „objektiven Bedeutungsstrukturen“,<sup>197</sup> die mit dem subjektiv gemeinten Sinn im Gesagten eine situative Verbindung eingehen.

Für die Zusammensetzung der Gruppen wurde, anknüpfend an Erfahrungswerte gelungener Diskussionen aus früheren Studien, an denen der Verfasser beteiligt war,<sup>198</sup> eine Teilnehmerzahl von sechs bis acht Personen angestrebt. Aufgrund der unterschiedlichen Zuverlässigkeit der zuvor verbindlich angemeldeten Teilnehmer ergab sich in der Durchführung eine Varianz von drei bis neun, insgesamt aber eine Durchschnittszahl von sechs bis sieben Teilnehmern. Die Gruppen wurden (wenn auch möglichst wenig direktiv) moderiert und per Themenkatalog thematisch zentriert. Die Interpretationsgrundlage der vorliegenden Studie besteht schließlich aus einem Sample von sieben Fokusgruppen mit einer Dauer von jeweils ungefähr 90 bis 130 Minuten, die zwischen März und November 2018 durchgeführt worden sind, davon fünf in Göttingen und zwei in Frankfurt a.M.. Weitere Details des Vorgehens im Verlauf des Erhebungs- und Auswertungsprozesses werden weiter unten ausgeführt.<sup>199</sup>

196 Zur konstitutiven Widersprüchlichkeit des Alltagsbewusstseins vgl. Schütz, Alfred: Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch, in: Gesammelte Aufsätze Bd. 2, Den Haag 1972, S. 53-69.

197 Vgl. Oevermann: Klinische Soziologie, S. 1.

198 Vgl. bspw. die methodische Anlage der Fokusgruppen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ausgewählten ost- und westdeutschen Großstädten in Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 29-48.

199 Vgl. Kapitel III.1 dieser Studie.